

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 2,60 M.
Im voraus zahlbar. Postbezugs 4,52 M.
einschließlich 60 Pf. Postzeitung und
72 Pf. Postbestellgebühren. Ausland-
abonnement 6,- M. pro Monat; für
Abnehmer mit ermäßigtem Druck-
preise 5,- M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-
lich zweimal, Donnerstags und Montags
einmal, die Abendausgabe für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Vorwärts“. Abbestellbar in „Hoff
und Welt“, Ferner „Freunde“, „Hoff
und Welt“, „Tage“, „Bild in die
Welt“, „Tage“, „Bild in die Welt“,
„Jugend-Vorwärts“ u. „Stadtblatt“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Berliner: Dönhofs (A 7) 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, Lindenstr. 3. Dt. B. u. Disc.-Ges., Depositant., Jerusalemer Str. 65/66.

Sonnabend
25. Juli 1931

Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einpalt. Konportgebühren 30 Pf.
Reklamazeile 5,- M. „Kleine An-
zeigen“ das festgedruckte Wort 25 Pf.
Qualität zwei festgedruckte Worte, jedes
weitere Wort 12 Pf. Rabatt 10. Teil-
Stückelungen des ersten Wort 15 Pf.,
jedes weitere Wort 10 Pf. Worte über
15 Buchstaben zahlen für zwei Worte.
Arbeitsmarkt Seite 60 Pf. Familien-
anzeigen Seite 40 Pf. Anzeigenannahme
im Hauptgeschäft Lindenstraße 3. wochent-
täglich von 8½ bis 12 Uhr.
Der Verlag behält sich das Recht der
Abminderung nicht genehmigter Anzeigen vor!

Hoch die Internationale!

Zur Eröffnung des internationalen Sozialistenkongresses in Wien.

In schwerer Zeit.

Von Karl Kautsky.

Nach Jahrzehnten schwerer Kämpfe hatte die Sozialdemo-
kratie in der österreichischen Monarchie endlich genügend Au-
sicht auf Freiheit bei ihren Beratungen in Aussicht stellen zu
können, wenn sie den Internationalen Kongress für 1914 nach
Wien berief. Durch den jähen Ausbruch des Welt-
krieges wurde das Abhalten dieses Kongresses verhindert.

Der Krieg hat viele morsche Gebilde zertrümmert, die
drei kaiserlichen Dynastien des östlichen Europa weggefegt,
die Republik zur überwiegenden Staatsform gemacht,
den proletarischen Parteien allenthalben einen mächtigen An-
stoß gegeben.

Das Wien von heute ist nicht mehr das von 1914.
Nicht mehr die Residenz eines Kaisers, nicht mehr der Sitz der
Kaiserkronen, sondern eine Großstadt, in der das sozialdemo-
kratische Proletariat herrscht und sich durchsetzt, soweit dies im
Rahmen einer städtischen Verwaltung inmitten eines über-
wiegend agrarischen Staates möglich ist.

Auch dieser Staat selbst ist zu einer der freiesten Repu-
blik der Welt geworden. Er bietet einem internationalen
Kongress eine Freiheit der Bewegung, wie er sie heute etwa
in der Schweiz nicht fände, der Stätte der ersten interna-
tionalen Kongresse.

Doch nicht überall hat die Bewegungsfreiheit der Massen
seit 1914 solche Fortschritte gemacht. Nach wie vor sind die
Sozialdemokraten und Sozialrevolutionäre Rußlands ver-
hindert, sich in der Heimat zu organisieren und ihre An-
schauungen zu propagieren. Nach wie vor kann nur ihre
Emigration auf einem Kongress der sozialistischen Arbeiter-
internationale vertreten sein. Doch im Unterschied zu 1914
gilt dies jetzt auch von Italien, einem Lande, das seit seiner
nationalen Einigung eine große politische und soziale Be-
wegungsfreiheit genoss. Wohl hat der Weltkrieg manche alten
Monarchien zertrümmert, doch hat er auch in manchen Staaten
die Bedingungen geschaffen für den Neuaufbau eines bruta-
len Willkürregiments, das gleich verderblich
wirkt, ob es sich proletarisch maskiert oder bürgerlich.

Nach wie vor sind die faschistischen Tendenzen nicht ge-
brochen, noch beherrschen sie Italien und Osteuropa, bedrohen
sie die deutsche Republik. Doch in Oesterreich sind sie
zurückgedrängt, und in Spanien ist eben jetzt mit der Diktatur
auch die Monarchie niedergeworfen worden. Unter diesen be-
glückenden Zeichen tritt der Internationale Kongress zu-
sammen. Trotz solcher vereinzelter Lichtblicke ist jedoch die
allgemeine politische Lage der Welt sehr düster. Noch düsterer
ihre ökonomische. Der Internationale Kongress versammelt
sich in der Zeit einer Wirtschaftskrise, wie sie noch kein
Kongress vor dem jetzigen sah. Sie läßt an Tiefe und Aus-
dehnung alle bisherigen Krisen weit hinter sich.

Zeitweilige Krisen sind unvermeidlich in der kapitalisti-
schen Produktionsweise. Aber die jetzige wird besonders ver-
derblich durch Faktoren, die mit den Naturgesetzen der kapita-
listischen Wirtschaft nicht notwendig verbunden sind. Auf der
einen Seite haben die Friedensbedingungen, die den Besiegten
nach dem Weltkrieg auferlegt wurden, so irrsinnige
Formen angenommen, daß sie die tiefstgehenden Störungen
des Wirtschaftslebens nicht nur bei den Besiegten, sondern
auch bei den Siegern hervorrufen mußten.

Sie haben aber auch alte Großstaaten verkleinert, viele
Splinter als selbständige Staaten von ihnen abgelöst und
gleichzeitig ihre Zusammenschließung in neue, ausgedehnte Wir-
tschaftsgebiete erschwert.

Das wäre schon schädlich genug. Es wird noch arg da-
durch verschlimmert, daß der Krieg die bereits vor seinem
Ausbruch mächtigen Herren des Finanzkapitals übermächtig
gemacht hat, die großen Banken im Verein mit den kartellierten
Industrien, die sich verbünden mit den Agrariern. Das sind die
Elemente, die immer mehr die bürgerliche Welt beherrschen,
und diese Führer der „Wirtschaft“ zeigen sich immer gewalttätiger,
habgieriger und kurz-

sichtiger. Um ihrer Augenblicksprofite willen hemmen sie
immer mehr alles, was die Krise bannen oder doch mildern
könnte, fördern sie alles, was sie verlängert und verschärft.
Das schreckt sie nicht, wenn es ihnen gelingt, die Wirkungen
der Krise auf die Arbeiter abzuwälzen. Das ist das A und O
ihrer wirtschaftlichen Weisheit.

Niemals, seitdem es eine kapitalistische Produktionsweise
gibt, waren die Staaten so sehr aufeinander angewiesen, wie
jetzt seit dem Weltkrieg, war Freiheit des internationalen
Verkehrs der Waren und Menschen so sehr eine
Notwendigkeit, wie in unseren Tagen. Das erkennt auch die
bürgerliche Welt an. Nie vorher hat England ein solches
Interesse an der Wirtschaft des europäischen Festlandes ge-
nommen. Und selbst Amerika sieht sich gezwungen, in euro-
päische Dinge einzugreifen.

Aber war nie vorher das Bedürfnis nach internationalem
Verkehr und internationaler gegenseitiger Hilfe so groß wie
heute, so waren andererseits die Hemmnisse der
Internationalität seit dem Beginn der Freihandels-
ära 1860 niemals so groß wie heute, weil eben nicht die Be-
dürfnisse der Gesamtheit des kapitalistischen Produktions-
prozesses, sondern nur die Sonderinteressen seiner größten,
eigenständigsten und borniertesten Ausbeuter in den bürger-
lichen Parteien dominieren. Wohl können auch sie sich nicht
der Einsicht verschließen, daß ein allgemeiner Abbau der Zölle
in der Welt dringend notwendig geworden ist. Nichtsdesto-
weniger erhöhen sie diese gleichzeitig im eigenen Lande zu
schwindelnder Höhe. Sie verurteilen mit Worten die unge-
hemmte Herrschaft der Banken und Kartelle und fördern sie
durch Taten.

Solange diese privatmonopolistischen Tendenzen domi-
nieren, ist eine Befundung der Wirtschaft schwer zu erwarten.

Das sozialistisch gesinnte Proletariat allein wirkt
ihnen machtvoll entgegen, es allein vermag den Bedürfnissen
internationaler Zusammenarbeit und Solidarität zu ent-
sprechen, die nicht nur von den Lebensbedingungen des Pro-
letariats, sondern auch von denen des heutigen kapitalistischen
Produktionsprozesses gefordert wird.

Die Sozialistische Arbeiterinternationale
war stets eine unerzählige Waffe im Befreiungskampfe des
Proletariats. Sie wird heute auch immer mehr ein unerzähl-
liches Mittel, den Produktionsprozeß in Gang zu erhalten, die
Gesellschaft vor dem Untergang zu bewahren. Die sozialisti-
schen Parteien haben nicht nur deren Fortschritt zu sozialisti-
schen Formen zu beschleunigen, sondern auch vorher schon das
Funktionieren des Produktionsapparates vor gänzlichem Ein-
frieren zu bewahren, von welcher Gefahr er um so mehr be-
droht wird, je unumschränkter die Herren des Finanzkapitals
in Staat und Gesellschaft herrschen.

In schwerer Zeit tritt der Internationale Kongress zu-
sammen. Gewaltig sind die Probleme, die sich vor ihm auf-
türmen. Doch nicht minder gewaltig ist die Kraft, die ihm
aus dem Bewußtsein erhebt, daß unter den Faktoren, die be-
stimmt sind, die Probleme unserer Zeit zu lösen, das interna-
tionale sozialistische Proletariat den weitaus stärksten und
heute auch den am weitesten blickenden bildet.

Aus den sozialistischen Parteien, die in der Sozialistischen
Arbeiterinternationale vereint sind, wird und muß die
Rettung aus dem Elend unserer Zeit kommen,
nicht nur für das Proletariat, sondern für die Gesamtheit der
in der Gesellschaft und für die Gesellschaft tätigen Menschen.

Dieses stolze Bewußtsein wird den Internationalen So-
zialistenkongress befeuern, wird seine Arbeiten befruchten, wird
ihm seine Größe verleihen.

Wird Deutschland erwachen?

Oder in den Abgrund taumeln?

Das Ergebnis von London

Von Victor Schiff.

Nach der Londoner Schlußsitzung standen die Presse-
berichterstatter der verschiedensten Länder in der Halle des
Carlton-Hotels, in dem die französischen und die deutschen
Minister gemeinsam wohnten. Man sprach von den
auffallend herzlichen Dankes- und Abschiedsreden und ver-
glich sie mit dem recht düsteren Inhalt der abschließenden
Deklaration. Ein Engländer meinte dabei sarkastisch: „Das
ist schon keine Politik mehr, das ist nur noch „Christian
Science“, das ist die reinste Gesundheitserei!“

Indessen: so wenig Gesundheitserei jemals ein organi-
sches Leiden kuriert hat, so sehr mag es schon gelungen sein,
durch religiöse Ekstase jene Autosuggestion zu erzeugen, die
nervösen Kranken Heilung bringt.

Die Wirtschaftskrise ist zweifellos ein in der
Hauptsache organisches Leiden, verschlimmert freilich durch
psychologische Faktoren.

Die deutsche Finanzkrise der letzten Wochen ist
umgekehrt vor allem eine psychologische Angelegenheit. Sie
ist, wie die Londoner Deklaration mit Recht betont, eine Ver-
trauenskrise. Deshalb sollte man über die „Gesund-
beterei“, die in Paris und sodann in London versucht worden
ist, nicht spotten. Deutschlands wirtschaftliche und
budgetäre Lage ist im Grunde gesund, so verkündet die
Londoner Konferenz. Diese einstimmige Feststellung der
Londoner Konferenzteilnehmer sollte von ungeheurem psycho-
logischen Werte sein. Für das Ausland nicht weniger als für
das deutsche Volk selbst. Denn die katastrophale Entwicklung
der letzten Wochen ist ja in erster Linie durch Massen-
psychose im eigenen Lande zu erklären; das hat man an
jenem Montag vor zwei Wochen deutlich erlebt, als auf die
Nachricht des Zusammenbruchs der Danat-Bank die Panik
der Ruin auf die Massen einsetzte und nur durch die schärfsten
Maßnahmen eingehalten werden konnte.

Wenn nun über diese Versicherung hinaus, daß Deutsch-
lands wirtschaftliche und budgetäre Lage an sich gesund ist, die
Londoner Konferenz den „Stillhaltungsbeschluss“
gefaßt hat, wenn sich trotz aller gesetzlichen und technischen
Schwierigkeiten die Regierungen der Vereinigten Staaten,
Englands und Frankreichs dafür verbürgt haben, daß die
Bankinstitute ihrer Länder keine weiteren Kreditkündigungen
mehr vornehmen sollen, so darf die Bedeutung dieses Be-
schlusses nicht unterschätzt werden. Auch das ist ein psycho-
logischer Faktor ersten Ranges, der dem deutschen Volke
wieder etwas Selbstvertrauen einflößen sollte.

Worum dann trotz dem der unleugbare Pessimis-
mus, dem man in der Heimat nach der Rückkehr aus London
allenthalben begegnet? Weil eben der Reichszankler heute
morgen ohne einen Pfennig neues Geld heimkehrt,
nicht einmal mit jenem bescheidenen neuen Kredit in Höhe von
etwa 600 Millionen Mark, von dem man noch am vorletzten
Tag der Konferenz auf Grund der Ankündigungen aus
Washington allgemein glaubte, daß ihn Amerika und England
eventuell ohne Frankreich aufbringen würden. Ob hier wieder
einmal das „große Mißverständnis“ entstand, ob, wie viel-
fach in London versichert wurde, der Staatssekretär Stim-
son die Instruktionen des Präsidenten Hoover nicht sinn-
gemäß ausführte? Ist die angeblich beabsichtigte neue große
Hoover-Geste an Widerständen amerikanischer Großbanken,
die nur mit Frankreich diese Finanzoperation wagen wollten,
ge scheitert? Hat die Bank von England, die gerade in jenen
Tagen dauernd den schwersten Angriffen auf den Pfundkurs
ausgesetzt war, eine weitere Zuspitzung zwischen London und
Paris gescheut? Niemand kann es mit Bestimmtheit sagen.
Aber das negative Ergebnis der Londoner Konferenz in
diesem Punkte ist unleugbar, und es scheint leider, daß es
die erzielten positiven Resultate in den Augen zahlreicher
Deutscher aufwiegt und eine neue Welle des Pessimismus
ausgelöst hat.

In der französischen Presse konnte man gestern lesen, daß
die deutschen Delegierten in London selber nicht einheitlicher

Meinung darüber gewesen seien, was Deutschland tun. Weiter ist das richtig. Die einen meinen, Deutschland könnte sich aus schließlich durch „Selbsthilfe“ retten, die anderen hielten neue Kredite für erforderlich, um die entstandenen Lücken zu stopfen.

Hier sind wir an dem Punkt gelangt, wo man sich in der Tat fragen muß: Ist die Schwentung der deutschen Finanzen, die ursprünglich rein psychologisch war, inzwischen nicht auch organisch geworden? Hat die Vertrauenskrise, die zur Abwanderung von ungezählten Milliarden führte, und zwar größtenteils ausländischen Kapitals, nicht derartige finanzielle Erschütterungen des deutschen Wirtschaftskörpers bewirkt, daß „Gesundbeten“ allein nicht mehr genügt, sondern nur noch wirkliche ärztliche Kunst und reale Mittel helfen können? Auch beim Menschen kann eine schwere seelische Erschütterung so hochgradige Blutarmut zur Folge haben, daß nur Transfusion die Rettung bringt.

Wahrscheinlich gehörte Dr. Brüning, der von Natur pessimistisch sein soll, nicht zu denen, die an die allein seligmachende „Selbsthilfe“ glauben. Er war nach Paris und London gereist, ebenso wie vor ihm Luther, nicht nur um das in Deutschland noch vorhandene fremde Geld zu halten, sondern auch um neues Geld zu erlangen. Er selbst hatte in seiner Rede auf der ersten Sitzung in London als zweiten Punkt ausdrücklich die Notwendigkeit betont, die Golddeckungs-grenze der Reichsbank wieder zur normalen Höhe zu bringen. Aber er ist ohne Illusion nach Paris und London gefahren, weil ihm die Voraussetzung bekannt war und ihm von vornherein unerträglich schien: ein Eingehen auf die politischen Wünsche der Franzosen.

Man soll nicht darüber rechten, ob das starre „Nein“, das von vornherein hier als Parole ausgegeben wurde, klug und weitblickend war. Wahrscheinlich vermüht der Reichszentraler im Grunde seines Herzens jene „nationale“ Hysterie, die ihm unter den schwersten Drohungen unterlag, in Paris selbst solche billigen Gesten zu machen, die weder ein wirkliches nationales Interesse, noch ein Zukunftsideal des deutschen Volkes preisgegeben hätten.

Ebenso sicher verdammt Laval, der zweifellos besten Willens, aber auf außenpolitischem Gebiet ein Neuling ist und von Deutschland nur blasse Ahnungen hat, die „nationalen“ Hysteriker im eigenen Lande, die ihm jedes finanzielle Entgegenkommen unterlag, wenn nicht Deutschland vorher unter das laudinische Joch krieche.

Das werden sich die beiden Regierungschefs offen anvertraut haben — nur so ist es überhaupt zu erklären, daß sie sich bis zuletzt, trotz des negativen Resultats ihrer zahlreichen Besprechungen, geradezu demonstrativ ihre wechselseitige Hochschätzung attestierten. In Paris wie in London, von der ersten bis zur letzten Minute, waren beide Delegationen sichlich befreit, das Aufkommen nationaler Leidenschaften im Keime zu ersticken und, ganz im Gegenteil, die öffentliche Meinung ihrer Länder davon zu überzeugen, daß sich der Gegenspieler eigentlich tadellos loyal und entgegenkommend verhalten hätte.

Die öffentliche Meinung aber sieht nur das negative Ergebnis und denkt unwillkürlich: Komödie!

Nein! Tragödie! Die Tragödie zweier Völker, deren große Mehrheit Frieden, Verständigung und Freundschaft wünscht, die aber durch eine leider starke und einflussreiche Minderheit von „patriotischen“ Scharfmachern daran gehindert werden, sich zu vertrauen und Vertrauen zueinander zu haben.

Dr. Brüning hat in Deutschland und, vielleicht jetzt noch mehr im Ausland, den Ruf eines mutigen Staatsmannes. Der Augenblick ist gekommen, wo er diesen Ruf verdienen kann. Er weiß am allerbesten, was die Londoner Deklaration bedeutet. Er weiß, daß die Vertrauenskrise, von der darin die Rede ist, vor allem eine politische Vertrauenskrise ist. Er weiß, daß die Krise an jenem 14. September 1930 ausgebrochen ist, diesem schwärzesten Tag der deutschen Nachkriegsgeschichte. Er weiß, daß das Vertrauen des Auslandes nur wiederhergestellt werden kann, wenn er öffentlich das verkündet, was er unter vier Augen drüben anerkannt hat und womit er sich persönlich dieses hohe Maß von Vertrauen erworben hat, das seinem Volke entzogen wurde.

Wird er aus diesen Erkenntnissen die Konsequenzen ziehen? Wird er das deutsche Volk zum Kampf gegen den verderblichen Nationalismus aufrufen? Wird er den Mut haben, das Steuer in letzter Stunde herumzureißen? Millionen warten gespannt auf das ersöhnende Wort, auf die mutige Tat. Dieses Wort, diese Tat allein kann das Vertrauen der Welt in Deutschland mit einem Schlage wiederherstellen und damit auch das notwendige Selbstvertrauen. Nur dann wird Deutschland aus dem Laumei erwachen, der zum Abgrund führt!

Zusammen bis Calais.

Die deutsche und französische Delegation.

London, 24. Juli.

Die Abreise der deutschen und französischen Abordnung erfolgte scheinbar mit dem Zuge „Der Goldene Pfeil“. Nur Briand war bereits um 9 Uhr mit einem früheren Zuge nach Paris gefahren. Zusammen mit Dr. Brüning und Dr. Curtius reisten auch Dr. Reichler und Geheimrat Schmitz von der IG-Farben. Ein Teil der deutschen Herren war bereits um 10 Uhr mit einem anderen Zuge über Biffingen nach Deutschland abgefahren. Die beiden Salonwagen der zwei Abordnungen waren nicht unmittelbar aneinandergeschnitten, sondern durch mehrere Personenwagen voneinander getrennt.

Paris, 24. Juli.

Mit dem Dampfer „Canterbury“ sind heute nachmittag die deutsche und die französische Delegation, von Dover kommend, in Calais eingetroffen. Bevor die deutsche Delegation um 14.40 Uhr mit dem Nordberg nach Berlin weiterfuhr, verabschiedeten sich Reichsminister Dr. Brüning und Reichsaussenminister Dr. Curtius von den französischen Ministern. Reichsminister Dr. Brüning dankte dem französischen Ministerpräsidenten Laval für die herzliche Aufnahme, die der deutschen Delegation während ihres Aufenthaltes in Frankreich zuteil geworden sei.

Flandin kehrt zu den Garantien zurück.

Paris, 24. Juli. (Eigener Bericht.)

Ministerpräsident Laval, Finanzminister Flandin und Unterstaatssekretär François-Bancel kehrten am Freitagnachmittag von London nach Paris zurück und wurden auf dem Nordbahnhof von verschiedenen Ministern und Parlamentariern sowie von einer großen Menschenmenge mit den Rufen: „Es lebe Laval!“ und „Es lebe der Friede!“ begrüßt.

Hugenberg reinigt seine Partei.

Großes Aufwaschen im Spätherbst.

Die „Tägliche Rundschau“ veröffentlicht ein vertrauliches Rundschreiben, das Hugenberg an die Vorsitzenden der deutschen nationalen Landesverbände, Kreisvereine und Ortsgruppen gerichtet hat. In diesem Schreiben beklagt sich der jetzige Parteivorstand bitter über die Fehler seiner Vorgänger. Für den Spätherbst kündigt er eine fürchterliche Aufrüstung unter den Unterführern an.

Die Fehler seiner Vorgänger, sagt Hugenberg, seien anderen zugute gekommen — das können nur die Nationalsozialisten sein —, von denen man noch nicht weiß, ob sie in der Lage sein werden, die Befreiung Deutschlands von der Versklavung und vom Sozialismus zu durchzuführen, wie wir... uns diese Befreiungspolitik vorgestellt haben.

Hauptziel ist also „Befreiung vom Sozialismus“, das heißt schrankenlose Herrschaft des Kapitals. Ob die Nationalsozialisten „in der Lage sein werden“, dieses Ziel zu erreichen, bezweifelt Hugenberg. Daß sie den guten Willen dazu haben, bezweifelt er nicht.

Hugenberg sagt dann weiter, daß er zur Durchführung seiner Politik einer „politischen Hausmacht“ bedürfe, und daß zu diesem Zweck die Gefolgschaft der Partei zur Opferwilligkeit erzogen werden müsse. Wie nun Hugenberg an die „Opferwilligkeit“ seiner Anhänger appelliert, muß mündlich wiedergegeben werden:

Selbst wer nur materiell denkt, darf und kann sich dem einfachen Rechengemisch nicht entziehen, daß er bald über 50 Prozent seines Einkommens als Tributsteuer und zur Aufrechterhaltung der sozialistischen Wirtschaft zu entrichten haben wird, wenn er sich nicht entschließt, für den politischen Kampf das zu opfern, was zum Wiederaufbau der politischen Organisation und zur Schaffung der politischen Hausmacht des Führers erforderlich ist.

Die reichen Leute sollen für Hitler eine Prätoriengarde besolden — dafür wird ihnen versprochen, daß sie später nicht mehr sozial Steuern zahlen müssen! „Ich bitte nicht, ich bettle nicht!“, declamiert Hugenberg weiter, es soll nur eine Frage sein. Dann aber wird er ungemächlich:

Die Antwort auf diese Frage will ich nicht jetzt haben; sie soll mir in einer Sitzung der Parteivertretung gegeben werden, die ich — getrennt vom Parteitag — im Spätherbst einberufen

werde. Meine Wahlzeit als Vorsitzender der Partei ist dann abgelaufen. Zugleich ist auch die Zeit aller Ortsgruppen-, Kreis- und Landesverbandsführer, wie es die Satzungen vorschreiben, abgelaufen. Damit bietet sich die Gelegenheit, die Organisation an allen Stellen zu verjüngen und zu verbessern, wo dies notwendig ist.

Ich kann meine Aufgabe nur erfüllen, wenn die Partei im Lande es will und die Voraussetzungen dafür zu schaffen bereit ist. Darüber bitte ich nun mit äußerster Beschleunigung Klarheit zu schaffen.

Also, wenn die Bezirke nicht im Herbst an den Stufen des Thrones die geforderten Zeichen niederlegen, ist die seidene Schürze ihnen gewiß. Die drohende Sprache des Aufrufs läßt gewisse Rückschlüsse darauf zu, wie es mit der Schatulle des Sultans selbst bestellt ist.

Ein aufschlußreicher Brief.

Deutschnationale enthüllen ihre Demagogie.

Die Wirtschaftspartei hat an die deutschnationale Reichstagsfraktion ein Schreiben gerichtet, in dem sie um Unterstützung ihres Antrages auf erneute Einberufung des Kabinetts und Einberufung des Auswärtigen Ausschusses nachsucht.

In dem Antwortschreiben der Deutschnationalen wird gesagt, daß an eine Unterstützung des Antrages der Wirtschaftspartei nicht zu denken sei, da diese dem deutschnationalen Antrag auf sofortige Einberufung des Reichstages am vergangenen Donnerstag nicht zugestimmt habe. Neuherrlich charakteristisch für die deutschnationale Demagogie ist der Schlusssatz des Briefes. Darin heißt es:

„Auf die Einberufung des Auswärtigen Ausschusses legen wir im gegenwärtigen Augenblick keinen Wert, zumal die Verhandlungen dort hinter verschlossenen Türen geführt werden würden.“

Die Deutschnationalen erklären also klipp und klar, daß sie nur dann an Reichstagsverhandlungen Interesse haben, wenn sie vor aller Öffentlichkeit ihre demagogischen Minen springen lassen können. In einer Einberufung des Auswärtigen Ausschusses, in dem gegenwärtig viel nützliche und sachliche Arbeit geleistet werden könnte, haben sie kein Interesse, da sie diese Verhandlungen in der Öffentlichkeit politisch nicht ausmünzen können. Das ist in schwerster Zeit die Politik derer, die Preußen „erneuern“ wollen.

Bilanzfälschung festgestellt.

Die Ermittlungen im Fall Lahusen-Nordwolle.

Bremen, 24. Juli.

Die Justizpressestelle Bremen teilt im Fall Nordwolle mit: Der Untersuchungsrichter beschäftigt sich zurzeit mit der Durchprüfung des Ultramarine-Materials nebst Unterlagen. Die bisherigen Ergebnisse begründen den dringenden Verdacht, daß durch Buchungen über die Ultramarine Fälschungen der Bilanzen der Nordwolle vorgenommen worden sind. Bezüglich der Bilanz von 1929 besteht die begründete Annahme, daß Verpflichtungen in Höhe von mindestens 25 Millionen Reichsmark nicht aufgeführt worden sind. Für das Jahr 1930 bewegen sich die Ermittlungen in der gleichen Richtung. Sie sind bereits beträchtlich fortgeschritten.

Eine vollständige Aufklärung dieser Vorgänge dürfte nach Angabe des Untersuchungsrichters in Kürze zu erwarten sein. Außerdem erstreckt sich das Ermittlungsverfahren in der Richtung des Betruges, begangen gegenüber den Banken, und auf Verhöre gegen § 312 HGB. Die Angeklagten sind mehrmals verhört worden. Eine Haftbeschwerde ist bislang von den Angeklagten Carl Lahusen und Heinz Lahusen nicht eingelegt worden.

Nationale Moral.

Volksentscheidpropaganda mit unsaubersten Mitteln.

Der Amtliche Preussische Pressedienst schreibt: In der „Lycker Zeitung“, einem deutschnationalen ostpreussischen Blatt, veröffentlicht am 23. Juli der „Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten“ einen Aufruf: „An die nationale Bevölkerung von Lyck!“ In diesem Aufruf, der die Rückkehr zum „alten, ehrlichen und sauberen Preußen“ verlangt, heißt es zum Schluß: „Helft uns in unserem Kampf, der der Kampf der anständigen Menschen gegen Korruption ist.“

Ähnlich wie schon im Kampf um das Volksbegehren, versuchen also auch hier wieder offizielle Stahlhelmkreise den politischen Kampf dadurch auf das denkbar niedrigste Niveau herabzuziehen, daß sie ihre Sache mit der der Sauberkeit und des Anstandes identifizieren, die andere Seite aber mit dem Begriff der Unsauberkeit und der Korruption gleichsetzen. Diese Art der Kampfführung bedeutet unter anderem auch die persönliche Diffamierung all derjenigen Volkskreise — also zweifellos der Majorität der preussischen Bevölkerung — die dem Stahlhelm-Volksentscheid ihre Stimme versagen werden. Es wird interessieren, daß als Nachklang zum Kampf um das Volksbegehren die Staatsanwaltschaft Torgau die öffentliche Anklage gegen Urheber und Verbreiter eines Zeitungsauftrages erhoben hat, der den Teil der Bevölkerung beschimpfte und verdächtigte, der sich der Beteiligung am Volksbegehren enthalten würde.

Die Kenntnis dieser Tatsache wird vielleicht genügen, wenn schon moralische Einwirkungen und Bedenken vorliegen, diejenigen zur Vorsicht zu mahnen, die beabsichtigen sollen, in ihren Methoden noch weiterzugehen, als es jetzt in Lyck bereits geschehen ist, und dabei große Teile der preussischen Staatsbürger in grob ehrverletzender Weise anzugreifen und zu verdächtigen. Sollte es wirklich um die Sache des Volksentscheides bereits so stehen, daß sie mit einwandfreien Mitteln nicht zu führen ist?

Das Protokoll des Leipziger Parteitag. Verlag J. H. W. Dieck Nachfolger G. m. b. H., Berlin. 320 Seiten. Preis geb. 3,90 M., brosch. 2,85 M. Das Protokoll des Leipziger Parteitages der Sozialdemokratie, das nunmehr in einem stattlichen Band vom Zentralverlag der Partei vorgelegt wird, wird noch für lange Zeit für jeden politisch Interessierten ein unentbehrliches Nachschlagewerk darstellen. Verbreitete sich doch die Referate und Debatten sämtlich über wichtigste grundsätzliche Fragen der sozialdemokratischen Politik. Die vorliegende Ausgabe des Protokolls gibt sämtliche Reden in sorgfältigster stenographischer Aufzeichnung wieder. Das Protokoll, das in broschierter Ausgabe für den billigen Preis von 2,85 M. zu haben ist, kann durch alle Volksbuchhandlungen und durch die Sekretariate der SPD. bezogen werden.

Vor der Abfahrt in London gaben Laval und Flandin dem Sonderberichterstatter des „Intransigent“ Erklärungen ab. Laval sagte u. a.: „Die Londoner Konferenz hat unter kritischen Umständen begonnen. Als wir von Paris abreisten, war die öffentliche französische Meinung etwas beruhigt. Heute wird sie feststellen, daß die Regierung nichts von ihrer Doktrin aufgegeben hat, obgleich sie ihren Teil an der Verantwortung für ein notwendiges internationaler Zusammenarbeit übernommen hat. Die französische Regierung hat nicht leichtfertig die Kreditkraft Frankreichs aufs Spiel gesetzt. Aussichten für die Zukunft bleiben offen. Wird es eines Tages möglich sein, eine Politik der Zusammenarbeit mit Deutschland durchzuführen? Wir werden uns darum bemühen. Die Zukunft wird uns die Antwort erteilen.“

Finanzminister Flandin erklärte: „Die Londoner Konferenz ist in einer Atmosphäre guten Willens abgeschlossen worden. Sie konnte keine weiteren Ergebnisse zeitigen, als es der Fall gewesen ist. Weder die Franzosen noch die Amerikaner konnten sich damit einverstanden erklären, daß die Revision der Regierungsschulden zur Debatte gestellt wurde. Die Konsolidierung alter Kredite und die Gewährung neuer ist eine Bankangelegenheit. Alles, was man von den Regierungen verlangen kann, ist, an der Wiederherstellung des Vertrauens mitzuarbeiten. Jetzt hängt es mehr denn je von dem Schuldner ab, Anstrengungen zu machen, um das Vertrauen zu stärken. Ich kann mich nicht darüber aussprechen, ob die gegenwärtige Krise durch die in London beschlossenen Maßnahmen überwunden werden kann. Wenn nicht, wird man wohl oder übel auf das Mittel zurückgreifen müssen, das von der französischen Regierung vorgeschlagen worden ist und das natürlich genaue und solide Garantien verlangt.“

Keine finanziellen Verhandlungen Stimfons in Berlin.

Washington, 24. Juli.

Unterstaatssekretär Cassile erklärte in einer Pressekonferenz, er sei von Stimfon in einem Punktgespräch unterrichtet worden, daß der Staatssekretär es ablehnen werde, während seines Berliner Aufenthaltes über eine neue Finanzhilfe für Deutschland zu diskutieren. Stimfon habe hinzugefügt, daß die Kreditfrage vom Finanzansatzpunkt behandelt werden müsse. Der Staatssekretär habe seiner besonderen Genehmigung über den freundlichen Geist der deutsch-französischen Besprechungen Ausdruck gegeben.

Der unüberänderte Pessimismus der New-Yorker Börsenkreise gegenüber dem Londoner Verhandlungsergebnis führte zu erneuten Kurseinbrüchen auf der ganzen Linie. Deutsche Anleihen waren weiter abgeschwächt.

Blutige Ironie.

Stahlhelmsflugblatt gegen die „Roten Banden“.

In einem Stahlhelm-Flugblatt „Du sollst entscheiden“, wird es von dem Ausfall des Volksentscheides abhängig gemacht, ob „Rote Banden die deutsche Heimat plündernd und mordend beherrschen werden.“

Bandenweise geplündert wird zwar erfreulicherweise vorläufig noch nicht in Preußen. Gemeldet wird zwar im politischen Kampf der Radikalen, aber was Gewalttaten anlangt, so halten die braunen Banden Hitlers und die selbigen Kolonnen Selbtes erfolgreich mit den „Roten Banden“ Schritt.

Inzwischen aber haben die „Roten Banden“ sich bereits im Hauptquartier der Reaktion eingefunden und zwar als Mitarbeiter und Mitstreiter beim Volksentscheid, für den sie mit genau derselben Leidenschaft wie die Stahlhelmskrieger ihre Mannen aufrufen. Es würde sich angelegentlich empfehlen, das Flugblatt „Du sollst entscheiden“, durch die kommunistischen Funktioneure verteilen zu lassen!

Alfons kauft ein französisches Schloß. Der ehemalige König von Spanien hat in Sinis in der Nähe von Paris ein altes Schloß zum Preise von 18 Millionen Franken erworben. Es gehörte der Baronin Reichshild.

Raubmord in Spandau. 29jährige Geschäftsfrau erschlagen aufgefunden.

In ihrem Konfektionsgeschäft in der Breile Straße 40 in Spandau wurde gestern die 29 Jahre alte Frau Mirsa Silberzweig erschlagen aufgefunden. Zweifellos handelt es sich um einen Raubmord, denn sämtliche Behälter waren durchwühlt. Auf die Ergreifung des Täters, von dem bisher jede Spur fehlt, ist vom Berliner Polizeipräsidenten eine Belohnung von 1000 M. ausgesetzt worden. Von der Berliner Kriminalpolizei sind der Leiter der Mordinspektion, Kriminalrat Gennat und die Kommissare Liffigkeit und Lehmann mit den Beamten an den Tatort gefahren. Wie wir erfahren, hat sich auch der Chef der Kriminalpolizei nach Spandau begeben.

Frau Silberzweig betreibt mit ihrem Manne in der Krümme Straße 81 zu Charlottenburg ein Konfektionsgeschäft, dessen Filiale sich in Spandau befindet. Das Spandauer Geschäft wird sonst von einem Angestellten betreut, der sich zurzeit auf Urlaub befindet. Frau Silberzweig vertrat ihn in diesen Tagen. Als gestern nachmittag ein Angestellter aus dem Hauptgeschäft in Spandau erschien, um einige Sachen abzuliefern, fand er zu seiner Verwunderung das Geschäft geschlossen. Die Kassa war heruntergelassen, die Ladenläden verriegelt. Der Angestellte schöpfe Verdacht und schlug die Scheibe ein, um in das Innere des Ladens zu kommen. Als der Mann den Nebenraum betrat, der als Lager dient, sah er Frau Silberzweig tot auf dem Boden liegen. Um die Füße der Verstorbenen war in der Gegend der Knöchel eine starke Schnur geschlungen und fest zusammengezogen. Der Angestellte alarmierte sofort die Polizei. Gleichzeitig wurde das Berliner Polizeipräsidium von dem mutmaßlichen Mord in Kenntnis gesetzt. Kriminalrat

Gennat sowie die Kommissare Liffigkeit und Lehmann von der Mordkommission fuhren nach Spandau hinaus, wo gleich der erste Befund den Raubmord bestätigte.

Die Täter

müssen sich in der Maske von Kunden eingeschlichen haben. Vermutlich haben sie dann absichtlich etwas verlangt, was im Laden nicht vorrätig war. Frau S. hat wahrscheinlich gesagt, sie werde die Sachen kommen lassen und die Käufer gebeten, noch einmal vorzusprechen. Die erste Nachfrage hat den Tätern dazu verholfen, daß sie wußten, die Frau war allein im Laden anwesend. Der Vorgang mag sich dann so abgespielt haben, daß die Täter die ahnungslose Frau, als sie ihnen den Rücken wandte, niederschlugen. Würgemale am Hals deuten darauf hin, daß man sie am Schreien verhindert hat. Mit einer im Geschäft vorhandenen Schnur festelten sie die Frau und schleppten sie dann in den dunklen Lagerraum. Sie bedeckten die Leiche mit der Sackleiwand, um vorzeitige Entdeckung zu verhüten. Sie mußten in ständiger Furcht gewesen sein, es könne jemand von der Straße hereinkommen, und durchwühlten deshalb hastig alle Behälter und rissen die Kasse heraus. Wieviel sie erbeutet haben, steht noch nicht fest. Ebenfalls weiß man, ob sie ihre Kleider gewechselt oder ergänzt haben. Eine Frau bekundete, sie habe kurz nach 3 Uhr einen jüngeren Mann gesehen, der die Ladenläden von außen abschloß. Sie hielt ihn aber für einen Angestellten, der zu Tisch ging und achtete nicht weiter darauf. Die Aussage gewinnt auch dadurch an Wahrscheinlichkeit, daß die Geschäftsschlüssel weder im Laden noch im Lagerraum noch bei der Toten gefunden wurden. Die Mörder müssen sie also mitgenommen haben.

Um 1/8 Uhr wurde mit der Wasserstoffgasübernahme begonnen. Annähernd 12000 Kubikmeter Wasserstoffgas wurden aus Stahlflaschen in die Gastammern des Luftschiffes gefüllt; um 1/11 Uhr war die Gasübernahme beendet. Außer Wasserballast wurden noch einige Kisten mit Lebensmitteln, in der Hauptsache Konserven und Reis in das Luftschiff befördert.

Bei Einbruch der Dunkelheit wurde das Schiff von starken Scheinwerfern angestrahlt. Trotz der späten Stunde nahm der Zustrom der Schaulustigen nicht ab, besonders stark war der Autoverkehr. Die WAG. hatte von Spandau aus Sonderwagen eingestellt, die sämtlich ausverkauft nach Staaken fuhren.

Kampf um die Mumie.

Sie darf nicht in der Wohnung aufgestellt werden.

Düsseldorf, 24. Juli.

Der unheimliche Fall des italienischen Rechtsanwalts Dr. Manzini, der die Oeffentlichkeit bereits vor Monaten erregt hat, wurde in einem Prozeß vor dem Schöffengericht wieder aufgerollt. Dr. Manzini hatte sich gemeinsam mit seiner hausangestellten Kola, einem 22jährigen Mädchen, wegen Freiheitsberaubung zu verantworten.

Wie erinnerlich, hatte Dr. Manzini aus einer merkwürdigen Pietät heraus die Leiche seiner Gattin in einbalsamiertem Zustande jahrelang in seiner Wohnung aufbewahrt und unter ihrem Befehl mit den deutschen Behörden einen erbitterten Kampf geführt. Frau Manzini, eine gebürtige Düsseldorferin, weilte im Sommer 1928 mit ihrem Gatten in Genua. Als sie plötzlich starb, ließ ihr Mann die Leiche einbalsamieren und bewahrte sie zwei Jahre lang in seiner Wohnung auf. Im Sommer 1930 ersuchte Manzini die deutschen Behörden um die Erlaubnis, die Leiche seiner Frau nach Deutschland überführen zu dürfen. Gleichzeitig bat er auch um die Erlaubnis zu einer Aufbahrung der Leiche in seiner Düsseldorfer Wohnung. Das letztere wurde ihm abgelehnt; er durfte die Mumie nur zur Bestattung nach Deutschland mitnehmen. Ohne sich um das Verbot der Aufbahrung zu kümmern, brachte Manzini die Mumie im Auto nach Düsseldorf und stellte sie dort im Salon seiner Wohnung auf. Als die Behörde ihn aufforderte, die Leiche sofort beizusetzen, erklärte Manzini, die Mumie im Zinnsarg sei keine Leiche im Sinne der deutschen Gesetze.

Wehr als zwei Monate führte der italienische Anwalt einen hartnäckigen Kampf gegen die Behörden. Schließlich erhielt er den endgültigen Bescheid, daß die Leiche bis zu einem bestimmten Tage bestattet sein müsse. Als Polizeibeamte in die Wohnung kamen, um die Durchführung des behördlichen Auftrages nachzuprüfen, war die Leiche spurlos verschwunden. Manzini erklärte, er habe sie aus Düsseldorf wieder fortbringen lassen.

Eine zweite genaue Hausdurchsuchung ergab, daß der Anwalt die Mumie seiner Frau unter einem Bett im obersten Stockwerk des Hauses versteckt hatte. Als die Beamten sich aber mit der Leiche auseinandersetzen wollten, stellte es sich heraus, daß sie im Hause eingeschlossen waren. Erst nach einer halben Stunde konnten sie durch das telephonisch verständigte Ueberfallkommando befreit werden. Die Leiche wurde nunmehr endlich beigelegt.

Der Verfall hatte für Manzini eine Anklage wegen Freiheitsberaubung zur Folge, da man trotz seines Zeugens den Verdacht hegte, daß er durch seine Tat den Abtransport verzögern und zu einer neuen Beschwerde Zeit gewinnen wollte.

Das Gericht sprach Manzini frei, während das mitangeklagte Mädchen, das übrigens jugoslawische Staatsbürgerin ist, wegen Widerstandsleistung in Tateinheit mit Freiheitsberaubung zu hundert Mark Geldstrafe verurteilt wurde.

Zweiter billiger Juli-Sonnabend im Zoo. Am heutigen Sonnabend, 25. d. M., kostet von 2 Uhr nachmittags ab der Eintritt in den Zoologischen Garten für Erwachsene nur 50 Pf., für Kinder bis zu 10 Jahren nur 25 Pf.; dieselbe Ermäßigung gilt für das Aquarium. Von 4 Uhr ab Konzert der Kapelle Artur Guttmann.

Zeppelin auf Polarfahrt.

In Staaken gestern Zwischenlandung — Heute früh Weiterfahrt nach Leningrad.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ traf auf seiner Arktisfahrt gestern nachmittag bereits um 1/4 Uhr über der Reichshauptstadt ein. Infolge der für eine sofortige Landung sehr ungünstigen Witterungsverhältnisse, besonders wegen der Sonnenböen über dem Flugplatz in Staaken, mußte die für 5 Uhr angelegte Landung um eine Stunde verschoben werden. Gegen 6 Uhr ging dann die Landung des Schiffes glatt von statten.

Auf dem Flugplatz in Staaken

Hatten sich bereits in den frühen Nachmittagsstunden etwa dreißig hundert Schaulustige eingefunden, die den interessantesten Landungsmanövern beimohnen und die Mannschaft des Luftschiffes mit den übrigen Arktisfahrern, an ihrer Spitze den russischen Gelehrten Samoilowitsch aus nächster Nähe vor der großen Fahrt noch einmal sehen wollten. Gegen 1/4 Uhr kommt Bewegung in die Massen. Von Ferne ertönt Motorengeräusch, das immer stärker wird, bis endlich der silberglänzende Leib, für die meisten schon kein neuer Anblick mehr, des „Graf Zeppelin“ gesichtet wird. Das Luftschiff beschreibe mehrere Schleifen, entschwinde den Blicken aber bald wieder. Bald darauf wird bekannt, daß durch Fundspruch vom Luftschiff die vorgegebene Landung wegen der Witterungsverhältnisse später erfolgen muß. Auf dem Landungsplatz ist inzwischen alles für die Landung vorbereitet worden. Etwa 200 Schutz-

polizisten sollen bei den Landungsmanövern behilflich sein. Alles ist erwartungsbereit! Schon vor 6 Uhr erscheint das Luftschiff wieder über dem Flugplatz, langsam neigt sich die Spitze zur Erde, mehrere hundert Arme greifen nach den Halteketten, Kommandos ertönen, Dr. Eckener überwacht von seinem Fenster aus selbst die Manöver und bald sieht das Luftschiff sicher am Ankermaß.

Betreiber der Regierung, der Behörden sowie der russische Botschafter hatten sich auf dem Rollfeld eingefunden. Dr. Eckener wird von allen Seiten stürmisch begrüßt. Oberbürgermeister Dr. Faber begrüßt ihn im Namen der Stadt Berlin. Auf der Rolltreppe muß Dr. Eckener und Dr. Sahn Kräftigung nehmen. Die Lufttemperatur erreichte einige Worte über die Arktisfahrt und schon drängen wieder andere hinzu.

Noch in den späten Abendstunden ist der am Ankermaß liegende „Graf Zeppelin“ das Ziel vieler Hunderter. Die Mannschaft, der Ruhe bedürftig, hat sich zurückgezogen, bereits morgen in aller Frühe muß wieder alles frisch an Deck sein. Schon um 4/30 Uhr werden die Verteilungen am Ankermaß gelöst und der „Graf“ zieht seine Arktisfahrt fort, die ihn zunächst nach der russischen Hauptstadt Leningrad führen wird. Das Luftschiff wird in den späten Nachmittags- bzw. ersten Abendstunden in Leningrad erwartet, wo selbstverständlich gleichfalls alle Vorbereitungen für die erwartete Landung getroffen sind.



12 Stühle
VON
I. ILF UND
F. PETROW

Der Einäugige packte sich gleich mit beiden Händen am Kopf und begann angestrengt nachzudenken. Wie ein Wind flüsterte es in den Reihen der Schachliebhaber: „Der Weltmeister hat 2 — 4 gespielt.“ Ostap verwöhnte seine Gegner nicht durch Mannigfaltigkeit seines Eröffnungszuges. Er machte immer dieselben Operation, zog den Bauer von e2 auf e4, auch auf den übrigen neunundzwanzig Brettern. Die Schachliebhaber packten sich einer nach dem anderen an den Hoaren und versanken in fieberhaftes Nachdenken. Die Nichtspieler verfolgten das Spiel des Weltmeisters.

Der einzige Amateurphotograph der Stadt stieg auf einen Stuhl und wollte Magnesium anzünden, als Ostap mit der Hand winkte und rief: „Weg mit dem Photographen! Er stört meinen Schachgedanken!“

— Warum soll ich mein Photo in diesem elenden Nest zurücklassen? Es paßt mir nicht, mit der Miliz zu tun zu haben — hatte Ostap in seinem Innern festgestellt.

Das empörte Zischen des Publikums zwang den Photographen, von seinem Vorhaben abzulassen. Ja, die Empörung war so groß, daß man den Photographen aus dem Saal hinausdrängte.

Beim dritten Zug zeigte es sich, daß der Weltmeister an achtzehn Brettern die spanische Partie spielte. In den übrigen zwölf Partien verwendeten die „Schwarzen“ die veraltete, aber immerhin sichere Verteidigung Philidors. Wenn Ostap sich bewußt gewesen wäre, daß er derart komplizierte Partien spielte und einer so erprobten Verteidigung begegnete, wäre er sehr erstaunt gewesen. Der große Kombinator spielte nämlich zum zweitenmal in seinem Leben Schach.

Anfangs waren die Schachliebhaber und der Einäugige mit ihnen verblüfft. Die List des Weltmeisters war zweifellos erstaunlich. Mit ungewöhnlicher Leichtigkeit und sichtlich die Wassjukli-Liebhaber verhöhrend, opferte der Weltmeister seine Bauern, die schweren und leichten Figuren. Dem während der

Vorlesung getadelten schwarzhaarigen Herrn hatte er sogar die Königin geopfert.

Der Schwarzhaarige erschrak und wollte die Partie sofort aufgeben. Nur mit einer starken Willensanstrengung gelang es ihm, das Spiel fortzusetzen.

Dann aber — fünf Minuten nach Spielanfang — begann es aus heilerem Himmel zu donnern.

„Matt!“ flüsterte der bis zu Tod erschrockene Schwarzhaarige. „Matt, Genosse Weltmeister.“

Ostap analysierte die Situation, nannte dabei allerdings den „Springer“ „Königin“ und gratulierte dem Schwarzhaarigen hochmütig zu seinem Sieg. Ein Flüstern ging durch die Reihen der Amateure.

Es ist Zeit zu handeln! — Dachte Ostap. Er ging ruhig zwischen den Tischen umher und zog nachlässig seine Figuren.

„Sie haben mit dem Springer falsch gezogen, Genosse Weltmeister“, sagte der Einäugige zuvorkommend. „So darf sich der Springer nicht bewegen.“

„Pardon, pardon, bitte um Verzeihung“, antwortete der Weltmeister. „Ich bin nach dem Vortrag ein bißchen müde!“

Im Laufe der nächsten zehn Minuten verlor der Weltmeister noch zehn Partien.

Man vernahm verwunderte Ausrufe im Saal des Klubs „Gemütlichkeit“. Ein Konflikt war im Anzug. Ostap verspielte fünfzehn Partien nacheinander und bald darauf noch drei. Es blieb nur noch der Einäugige. Zu Beginn der Partie hatte er vor lauter Respekt eine Menge Fehler gemacht und führte mit Mühe das Spiel zu siegreichem Ende. Ostap nahm, von den Anwesenden unbemerkt, die schwarze Königin und steckte sie in die Tasche.

Die neugierige Menge schloß sich eng um die Spielenden. Eben ist auf diesem Platze meine Königin gestanden rief der Einäugige und sah sich um. „Und jetzt ist sie nicht mehr da.“

„Wenn sie nicht da ist, so ist sie auch nicht da gewesen!“ antwortete Ostap grob.

„Wie? denn nicht? Ich erinnere mich deutlich daran!“ „Ausgeschlossen.“

„Wohin ist sie denn gekommen? Haben Sie sie denn gewonnen?“

„Jawohl.“

„Wann? Bei welchem Zug?“

„Geben Sie mir Ruh mit Ihrer Königin. Wenn Sie die Partie aufgeben, so sagen Sie es einfach!“

„Erlauben Sie, Genosse, ich habe alle Züge notiert.“ „In Kanzleien notiert man“, sagte Ostap.

„Das ist empörend!“ schrie der Einäugige. „Geben Sie meine Königin her!“

Bei diesen Worten begriff der Weltmeister, daß hier Zögern Sterben bedeute, nahm einige Schachfiguren in die Hand und schmiß sie dem einäugigen Gegner an den Kopf.

„Genossen!“ schrie der Einäugige. „Seht alle her! Man schlägt einen Schachamateure.“

Die Schachspieler der Stadt Wassjukli stupten.

Ohne die kostbare Zeit zu verlieren, warf Ostap ein Schachbrett in die Lampe, drohte sodann in die eingetretene Dunkelheit auf Stirnen und Gesicht seiner unsichtbaren Gegner los und lief auf die Straße hinaus. Die Wassjukischachspieler fielen über einander hin, erhoben sich und stürzten ihm nach.

Es war eine Mondnacht. Ostap flog die silberne Straße dahin und stieß sich leicht wie ein Engel von der fündhaften Erde ab. Hinter ihm her liefen die Schachamateure.

„Haltet den Weltmeister!“ brüllte der Einäugige.

„Schuß!“ unterstützten die andern.

„Abiolen!“ antwortete der Weltmeister und beschleunigte seine Schritte.

„Zu Hilfe!“ schrien die beleidigten Schachspieler.

Ostap sprang auf die Stufen der Treppe, die zum Kai hinunterführte. Er hatte vierhundert Stufen zu laufen. Auf dem sechsten Stufenabsatz empfingen ihn zwei Schachamateure, die ihm auf kürzerem Weg hierher zuvorgekommen waren. Ostap sah sich um. Von oben her mälzte sich wie eine Herde von Hunden eine dichte Menge zorniger Anhänger der Bildorverteidigung heran. An eine Flucht zurück war nicht zu denken. So lief denn Ostap weiter.

„Ich werde euch geben, ihr Schufte!“ schrie er der tapferen Avantgarde zu und schwang sich vom fünften Absatz förmlich über sie hinweg auf das Ufer hinunter.

Die beiden erschrocken, ächzten, sprangen über das Geländer und stürzten irgenwohin in die Dunkelheit der Hügel und Berge. Der Weg war frei.

„Haltet den Weltmeister!“ schallte es von oben.

Die Verfolger von der Treppe liefen ihm nach und verursachten dabei ein Geräusch wie eine rollende Regeltugel.

Ostap lief das Ufer entlang und spähte nach dem Boot mit dem treuen Administrator.

Worobjew sah idyllisch im Kahn. Ostap schwang sich auf die Bank hinunter und begann eifrig vom Ufer wegzurudern. Einen Augenblick später flogen Steine ins Boot. Worobjew erhielt einen Schlag von einem dieser Steine. Er hob die Schulter und winselte kläglich.

(Fortsetzung folgt.)

Das 25-Pfennig-Wochenende

Durch ein altes Urstromtal. — Die Seenkette des Grunewalds.

Der Grunewald ist für Berlin, was der Hydepark für London ist. Auch auf seinen grünen Matten können wir abseits vom Wege wandern oder rasten. Wir fahren mit der S-Bahn bis Grunewald oder mit den Straßenbahnlinien 51, 70, 76, 176 oder 191 bis Roseneck. Vom Bahnhof Grunewald aus gehen wir durch die Auerbachstraße. Nach wenigen Minuten erreichen wir den Hundekuhlensee, der einen halben Kilometer lang ist und dessen Ufer glücklicherweise noch nicht bebaut wurde. An seiner Südspitze liegen einige Wirtschaftshäuser, die wir links liegen lassen, überqueren die Chaussee und wandern nun in südöstlicher Richtung zum Grunewaldsee, an dessen nordwestlichem Ufer, das durch besondere Schönheit ausgezeichnet ist, wir unseren Weg fortsetzen. An der Südspitze des Grunewaldsees erreichen wir die Wirtschaft Paulsborn (etwa 3 Kilometer ab Bahnhof Grunewald).

Vom Roseneck aus geht man den Hohenzollerndamm bis zur Kronprinzenstraße entlang, über diese hinweg und dann in westlicher Richtung zum Grunewaldsee. Auch hier empfiehlt es sich, um die Nordspitze herum zum Westufer zu gehen.

Fünf Minuten von Paulsborn entfernt liegt das Jagdschloß Grunewald, das 1542—1543 von Caspar Lhenz erbaut wurde. Der Grunewald war eins der Hauptjagdgebiete der Hohenzoller seit ihrem Herrschaftsantritt in der Mark. Erst unter dem letzten Kaiser wurde die Hofjagd hier eingestellt. Das Bild wurde damals nach dem großen Jagdgebiet nach Oranienburg gebracht, und nur in der Saubucht ließ man einige Tiere zurück. Heute ist der Grunewald im Besitz Berlins und der Wochenendtummelplatz unzähliger Großstädter. Das Jagdschloß aber wurde zu einem Standquartier der Polizei. Auf dem Hof kann man sich bei einem Glase Milch erfrischen. Sehr schön ist der Blick durch das Tor auf den gegenüberliegenden Schloßflügel, den unser Bild zeigt.

Wir gehen nun nach Paulsborn zurück und biegen hinter der Gastwirtschaft nach links ab, so daß wir die Westseite des Langes Fenns erreichen. Bald ragen rechts die Hügel des früheren Sees auf, links aber mächt das bunte Urwaldleben des verlandeten Wassers. Erlen, Kistern, Birken, Sträucher aller Art und nicht zuletzt Brennnesseln haben Besitz ergriffen von dem moorigen Boden. Jeweils führen kleine Pfade in das Halbdunkel, auf die der Regen der letzten Wochen den Sand unseres Fußweges geschwemmt hat. Schon nach wenigen Schritten quillt das Wasser unter den Füßen, der Boden ist mit Feuchtigkeit angefüllt wie ein in Wasser getauchter Schwamm, er wird schwammig, unsicher, unheimlich. Die Geister der Vergangenheit stehen auf. Das ganze Waldland des Fenns, durch das das Sonnenlicht nur mühsam zum Boden schwingt, ist doch noch erfüllt von der Zeit, die die Wasser brausend durch das Urstromtal der Raheiszeit fließen ließ. Damals muß es hier eine direkte Verbindung zwischen Spre und Havel gegeben haben, die etwa in der Nähe des heutigen Charlottenburger Schlossparks begann und durch so tiefe Becken wie den Liegensee, den Halensee, den Königs-, Hert-, Hubertus- und Dianasee, den Hundekuhlensee, Grunewaldsee, die Krumme Lante und den Schlachtensee zur Havel floss. Der Strom versiegte, und diese Seen blieben wie große Lagen nach einer Ueberschwemmung zurück. Menschen senkten Pfähle in den feuchten Boden und bauten ihre Häuser auf dem

einigen Flußgrund. Und wieder sehen wir den Satz bewahrheitet, daß nichts Beständiger ist als der Wechsel.

Das Lange Fenn läßt noch sehr gut die Grenzen des einstigen Sees erkennen. Insbesondere das Westufer war buchtenreich. Nach einer guten Viertelstunde liegt die südwärts zur Zehlendorfer Fischtafel führende Straße vor uns. Schilder weisen den Weg zu Dukel-Toms-Hütte. Wir bleiben auf der Westseite des Fenns, das alsbald in den vertrauten Riemelstersee übergeht. Man kann gerade an dieser Stelle der Seenkette ausgezeichnet die einzelnen Stadien der Verlandung beobachten: Bei Paulsborn fester Boden,



Jagdschloss Grunewald

dahinter das moorige Lange Fenn, dann der zum Teil noch erkennbare Riemelster und hinter diesem die herrliche Krumme Lante, in der sich Sonne, Ufer und Bäume spiegeln. Die Krumme Lante ist wohl der schönste See der Grunewaldseenkette. Man glaubt zu weilen an dem nördlich von Bernau gelegenen Liepniksee entlang zu wandern, dessen Baldeinsamkeit immer wieder gerührt wird. Nach etwa einer halben Stunde erreichen wir das Ende der Krummen Lante. Schon lange vorher haben wir die Badeanstalt am Südostufer entdeckt. Wirtschaftshäuser stehen daneben und Autos parken. Jenseits der Straße liegt die Alte Fischhütte am Schlachtensee. Wir biegen links ab und gehen durch die Eisenstraße zu der etwa 10 Minuten entfernt liegenden U-Bahnstation Krumme Lante, von der wir die Heimfahrt antreten. Weglänge etwa 7 bis 8 Kilometer.

Und wieder Räuber vor Gericht

Ueberfall auf den Rektor einer weltlichen Schule.

Kein Tag ohne Raubüberfall, also auch kein Tag ohne Raubprozeß. Von den drei Räubern, die gestern vor dem Schöffengericht Berlin-Wedding standen, dem Mechaniker G., dem Dachdecker M. und dem Händler K. sind die beiden ersten vorbestraft, wenn auch nur unbedeutend: sie befanden sich zur Zeit der Tat in Not. Ueber Not klagt auch K.

Opfer des Raubüberfalles war diesmal der Rektor der weltlichen Schule Waldenstraße in Moabit, Trintshaus. Die Räuber haben ihn übel zugerichtet. Der Hakenknopf war gebrochen, auch andere Knochen zerplittert. Als Kassenwart der Darlehnskasse des Berliner Lehrervereins hatte er am 15. Juni von der Depositionskasse X der Deutschen und Discontobank in der Reintkenstraße 3000 Mark erhoben. Er ging die Seestraße entlang durch die Amsterdamer Straße zur Liebenwalder Straße 25, wo er wohnte und stieg, nichts Böses ahnend, die ersten Stufen der Treppe hinauf. Wohllich hatte er das Empfinden, als packe jemand seinen Kopf und stoße ihn gegen die Wand. Als er erwachte, lag er auf dem Boden, sein Gesicht blutete, seine Hand umklammerte den Henkel der Aktentasche. Die Tasche selbst mit dem Gelde war weg. Auf der Straße erzählte ihm ein aufgeregter Mensch, daß man einen Mann mit der Aktentasche unter dem Arm aus dem Hausflur hatte laufen sehen.

Von den drei Angeklagten tragen K. und M. ein sehr gedrücktes Wesen zur Schau. Von wem der Gedanke des Raubes ausgegangen ist, war schwer zu sagen. M. sollte sein Motorrad zur Verfügung stellen. Er sträubte sich längere Zeit dagegen, machte verschiedene Ausflüchte, ging aber schließlich am 6. Juni auf den Plan ein. G. suchte verschiedene Banken auf und beobachtete schließlich in der Depositionskasse, wie Rektor Trintshaus Geld abholte. K. hingegen folgte dem Opfer in den Hausflur, versetzte ihm dort als Bote einen höchst unsachgemäßen Kinnhaken, entriß ihm die Handtasche, eilte zu dem Motorrad und sauste mit M. davon. Das Geld soll ihm in der Badeanstalt gestohlen worden sein. G. wurde auf der Straße beobachtet und festgenommen. Wenige Tage später sahen auch M. und K. hinter Schloß und Riegel.

In der Verhandlung kam es zu stürmischen Auseinandersetzungen zwischen den früheren Freunden G. und K. Im Polizeipräsidium hat K. den G. niedergeschlagen, weil er glaubte, von diesem verraten worden zu sein. Jetzt beschimpfte G. den K., weil dieser nicht eingestehen wollte, daß die Tat in der Hauptsache begangen worden ist, weil er Geld gebraucht habe. Ueber den Geisteszustand des Angeklagten K. wurden seine Verwandten und seine Witze gehört. Der Vater ist ein Trinker. Die Sachverständigen Prof. Dr. Kronfeld und Medizinalrat Dr. Ewers erklärten ihn für einen schweren Psychopathen, für seine Tat jedoch verantwortlich.

Das Schöffengericht verurteilte den Angeklagten Grossow zu 2 Jahren Gefängnis, den Angeklagten Kantereit zu 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis wegen gemeinschaftlichen Raubes. Der Angeklagte Müller wurde wegen Beihilfe zu 1 Jahr und 1 Monat Gefängnis verurteilt. Sechs Wochen Gefängnis wurden den Angeklagten auf die Untersuchungshaft angerechnet.

Die Lohnzahlungen.

Reibungslose Abstempelung der Lohnlisten.

Für die dieswöchigen Lohnzahlungen hatte der preussische Handelsminister die Abstempelung der Lohnlisten angeordnet. Der Polizeipräsident von Berlin hatte damit die zuständigen Polizeireviere beauftragt. Diese Dezentralisierung der Abstempelungen auf die Reviere ermöglichte diesmal eine reibungslose Abfertigung der Firmen als in der vorigen Woche bei der Berliner Handelskammer, wo es bekanntlich zu großen Unzuträglichkeiten kam. Selbst auf den Polizeireviere, die in fast reinen Industrie- oder Handelsbezirken liegen, war kein nennenswerter Andrang zu verzeichnen. So waren zum Beispiel auf den Polizeireviere im Konfektionsviertel und auf dem in der Ritterstraßenindustrie die Firmenvertreter schon innerhalb weniger Minuten abgefertigt.

Zwei Jahre Gefängnis für Straube.

28 Zöglinge zu Gefängnisstrafen verurteilt.

Lüneburg, 24. Juli.

Heute nachmittag wurde unter großem Andrang des Publikums das Urteil im Scheuener Fürsorgeprozeß verkündet. Der Angeklagte Direktor Straube wurde zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Von den Zöglingen erhielten 28 Gefängnisstrafen, davon einer acht Monate, drei vier Monate, die übrigen zwischen drei Monaten zwei Wochen und vier Wochen. Zwei Zöglinge wurden freigesprochen, einer erhielt eine Geldstrafe von 30 Mark.

Das Urteil entspricht den Erwartungen. Vor allen Dingen sagt die Strafzumessung deutlich, daß der Direktor Straube der Hauptschuldige ist. Wir führten leithin aus, daß er nach der Ansicht der weitesten Volkstheile sogar der Alleinschuldige ist. Formaljuristische Gründe mögen das Gericht zu der zum Teil recht strengen Bestrafung der Zöglinge gezwungen haben. Es darf aber mit Sicherheit erwartet werden, daß an die Stelle der Vollstreckung der Urteile gegen die durch Straube ins Verderben gerissenen Zöglinge die Bewilligung einer Bewährungssfrist tritt, um so mehr, da es sich bei vielen unter ihnen um bisher mit Freiheitsstrafen nicht belegte junge Leute handelt.

Wie wir weiter erfahren, werden die Zöglinge in die Fürsorgeerziehung zurückzuführen. Zu diesem Zwecke ist durch das Landesjugendamt Berlin Direktor Kake von Struensee entandt worden.

Die Folgerungen, die sich aus dem Prozeß für die Handhabung der Fürsorgeerziehung ergeben, werden von uns ausführlich dargelegt werden.

Die Urteilsbegründung.

In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende u. a. aus: Die fünfjährige Verhandlung im Scheuener-Prozeß habe ein System in der Fürsorgeerziehung enthüllt, von dem alle weit ab-

Nach Erledigung dieser Formalität, die das Hamstern von Bargeld verbinden soll, sind überall in Berlin die fälligen Lohnzahlungen im vollen Gange. Weder aus der Metall- oder chemischen Industrie, noch aus dem Verkehrs- oder Holzgewerbe sind Beschwerden von den Betriebsvertrauensleuten über nur teilweise oder gar nicht erfolgte Lohnzahlungen laut geworden. Auch auf den Gewerkschaftsbüros, die nur kleinere Industrien vertreten, liegen keine Nachrichten über das Ausbleiben der fälligen Löhne vor. Lediglich in der Steinindustrie konnte ein Betrieb die Löhne nicht zahlen; bemerkenswert ist, daß er völlig gesund war, aber infolge der immer drückender werdenden Erstarrung des allgemeinen Zahlungsverkehrs über keine Barmittel mehr verfügte.

Sin und wieder sind allerdings auch nur Teilzahlungen an Löhnen vorgenommen worden, dies resultiert jedoch, wie uns von gemerkchaftlicher Seite mitgeteilt wird, mehr aus dem schwachen Beschäftigungsgrad dieser Betriebe als aus den Folgen der Rotverordnungen.

Entstellungen.

Eine Erwiderung des Stadtverordneten Genossen Flatau.

Verschiedene bürgerliche Berliner Zeitungen versuchen, Ausführungen, die Genosse Flatau in seiner Etatrede in der Berliner Stadtverordnetenversammlung gemacht hat, so auszulegen, als hätte sich durch diese Ausführungen Genosse Flatau oder die sozialdemokratische Stadtverordnetenfaktion gegen die Bemühungen des Berliner Magistrats gewendet, Ordnung in verschiedene zur Zeit unklare Angelegenheiten zu bringen. Da diese falschen Behauptungen und Entstellungen immer wieder auftauchen, wird nachstehend ein Schreiben wiedergegeben, welches Genosse Flatau an eine dieser Zeitungen, nämlich die Redaktion des „Berliner Börsen-Courier“, gesandt hat. Dasselbe Schreiben lautet folgendermaßen:

„Mir ist die Nummer 324 vom Mittwoch, dem 15. d. M., von befreundeter Seite übermittelt worden. Zu Ihren Ausführungen mit der Ueberschrift „Zwei Seelen, zwei Verträge“ möchte ich nur insoweit Stellung nehmen, als Sie darin meine Haltung erwähnen und Ausführungen, die ich in der Berliner Stadtverordnetenversammlung gemacht habe. Auch dies tue ich nur, um Verlegenheiten vorzubeugen, weil ich sonst im allgemeinen Diskussionen mit Zeitungen vermeide. In meiner Etatrede habe ich gesagt, „das Temperament eines einzelnen darf nicht das Tempo bestimmen. Das gilt sowohl für den Aufbau wie für den Abbau“. Dieser Satz war ein Teil von Ausführungen, die sich nicht mit der sogenannten „Säuberungsaktion“ befassen, sondern mit der Erhaltung oder Wiederherstellung von städtischen Gesellschaften. Sie versuchen also, mit dem entsetzt wiedergegebenen Satz etwas zu beweisen, was durch meine Worte nicht bewiesen werden konnte. Herr Bürgermeister Dr. Elsas braucht noch meinem Dafürhalten von Ihnen mir gegenüber nicht in Schutz genommen zu werden. Herr Dr. Elsas weiß ganz genau, wie ich zu seiner besonderen Tätigkeit stehe und in welchem Umfange ich sie unterstützt habe. Es dürfte Ihnen schwer fallen, meiner Faktion und mir nachzuweisen, daß wir in einem Falle, der einen Parteifreund betraf und in dem irgendeine Aktion unternommen werden sollte, wir diese direkt oder indirekt verhindert hätten. Das gilt auch für den Fall Brolat. Niemand, auch nicht mein Freund Brolat, würde etwas dagegen einzuwenden haben, wenn gegen ihn in dieser besonderen Sache eine Feststellungsfrage angestrengt worden wäre, die sich auf alle Personen und Vorgänge bezog, die mit der Stiegliger Angelegenheit in Zusammenhang zu bringen sind. Allerdings konnte es in objektiver Beurteilung der Sachlage nicht als gerechtfertigt angesehen werden, daß die Angelegenheit Brolat in einer Form behandelt wurde, die den Wünschen derjenigen entgegenkam, die keine sachliche, sondern nur eine rein politische Behandlung wünschen. Wenn ich auch nicht unbedingt die Hoffnung habe, daß Sie diese Klärungen in Ihrer Zeitung wiedergeben werden, so habe ich es doch für richtig gehalten, sie Ihnen zu überreichen, weil ich, um mit Ihren Worten zu sprechen, „ein reines Gewissen“ habe.“

Eine Abschrift dieses Schreibens ist dem Bürgermeister Dr. Elsas übermittelt worden.

250 000 Nordseeflundern in die Ostsee.

Um den Bestand an Flundern in der Ostsee zu erhöhen, beabsichtigt die königlich dänische Biologische Landesanstalt, in der zweiten Hälfte des Juli 250 000 Nordseeflundern in der Ostsee auszulassen. Die Flundern werden besonders gekennzeichnet, damit bei späteren Fängen wissenschaftliche Untersuchungen über die Entwicklung dieser Flundern unternommen werden können. Bekanntlich ist im Krieg und in der Inflation die Ostsee so gut wie leergefischt worden.

rücken müßten, die ein Herz für die Jugend hätten. Der Hauptschuldige an den Vorgängen in Scheuen war Straube. Er war nicht der geeignete Mann, seine theoretischen Pläne in die Praxis umzusetzen. Sein Aufgabentrieb war viel zu umfangreich. Straube war ehrgeizig; er arbeitete nur um seiner selbst willen. Daher geriet er leicht in Wut, wenn er Mißerfolge hatte. Seine Mitarbeiter waren alle ohne jede pädagogische Vorbildung und betrachteten sich nur als Landwirtschaftsinspektoren.

Statt der Freiheit herrschte in Scheuen Zügellosigkeit.

Straube strafe grundsätzlich; die Verfehlungen eines einzelnen ahndete er dadurch, daß er alle Zöglinge dafür bestrafe. Der Unmut der Unschuldigen machte sich Luft, indem der Schuldige eine „Saalplatte“ erhielt. Straube hat die „Saalplatte“ geübt und gefördert. Theoretisch war er ein Gegner der Prügelstrafe, praktisch aber ein Prügelpädagoge. Straube war ungeeignet, die Erzieher waren ungeeignet und die Zöglinge waren teilweise ebenfalls für Scheuen ungeeignet! So kam es zu der Revolte am 18. Februar 1930.

Der Vorsitzende geht ausführlich auf die Vorgänge ein und erklärte dann: „Das Gericht hat sich bei der Urteilsfindung zu eigen gemacht, daß mit Ausnahme von Straube und einigen anderen Angeklagten alle das Bestreben gehabt hätten, den Tatbestand richtig zu schildern und bei der Wahrheit zu bleiben. Für die Revolte kamen Rotwehr und Raufhand nicht in Betracht. Sie werden vielmehr verurteilt auf Grund des § 127 Strafgesetzbuches. Bei Straube kam strafmildernd in Betracht, daß er noch unbescholten war und auch anfangs gute Erfolge in Scheuen zu verzeichnen hatte. Als er seine Gruppe in der Revoltemacht bewaffnete, glaubte er in Rotwehr zu handeln. Das muß das Gericht auch zuzulassen, bis der Schuß fiel und Leber und Puls dann schwer mißhandelt wurden. Alle diejenigen, die sich an der schweren Mißhandlung beteiligten, mußten wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung bestraft werden. Den übrigen Angeklagten wurde strafmildernd angerechnet, daß sie noch Jugendliche seien.“

Wirtschaftsreform gegen Vertrauenskrise.

Die Sofortmaßnahmen zur Aktienrechtsreform.

Ende 1930 waren in Deutschland 11 000 Aktiengesellschaften mit 24 Milliarden Mark Nominalkapital tätig. Hier von waren etwa 3000 Millionengesellschaften mit 22,5 Milliarden Nominalkapital. Von ihnen verfügten wiederum 189 Unternehmen allein über 12,6 Milliarden Mark Aktienkapital, also über mehr als die Hälfte des gesamten Aktienkapitals. Von der Wirtschaftsführung dieser Großunternehmen hängt das gesamte Wirtschaftsleben, das Wohl und Wehe der Arbeiter- und Angestelltenchaft ab.

Die Kette der Skandale von der Favag bis zur Nordwolle hat nun auch den Blicken über die unhaltbaren Zustände im Aktienwesen die Augen geöffnet. Ein weiteres Hinauszögern der dringenden Reformen ist nicht mehr zu verantworten. Zwar kann der Riesentempel des Aktienrechts mit all seinen verwickelten Einzelfragen nicht auf dem Weg der Rotverordnung von heute auf morgen von Grund auf neu geregelt werden. Aber über die Angelpunkte der Reform besteht heute keine Meinungsverschiedenheit mehr. Sie müssen Gegenstand von Sofortmaßnahmen werden, auch gegen den Widerstand der Kleinen, aber mächtigen Schaar, die an der Beibehaltung der jetzigen Willkürherrschaft interessiert ist.

Wesentliche Erweiterung der Publizitätspflicht, sofortige Einführung der Pflichtrevisionen für alle größeren Aktiengesellschaften und entscheidende Verschärfung der Verantwortlichkeit und Haftungsverpflichtung von Vorstand und Aufsichtsrat, das ist das Dringlichste, was jetzt zu geschehen hat. Außerdem wird man auch unverzüglich mit der bisherigen genaueren Vertretungsbefugnis der Banken für Depotaktien Schluss machen müssen.

Die unmöglichen Zustände der Verheimlichung wichtigster Geschäftsvorgänge.

wie sie bei uns zum System geworden sind, müssen unverzüglich beseitigt werden. Zahlreiche Geschäftsberichte geben heute nicht einmal Auskunft über die Beziehungen zu Tochtergesellschaften, über die Art und die Fälligkeit der langfristigen Verbindlichkeiten, Pfandungen, Bürgschaften usw. Nur so war es z. B. möglich, daß bis zum Zusammenbruch der Nordwolle der Öffentlichkeit die Existenz der „Ultimare“ verborgen werden konnte. Angesichts der Verschachtelung der Konzerne ist es unerlässlich, daß sowohl die geschäftlichen Beziehungen zu den Tochter- und Beteiligungsgesellschaften ausführlich dargelegt werden, aber auch die gegenseitigen Verbindlichkeiten und Forderungen genau einzeln ziffernmäßig in der Bilanz erscheinen und die Bilanzen der Tochter- und Beteiligungsgesellschaften mit veröffentlicht werden.

Man überlege sich ferner, daß eine Riesengesellschaft wie der Stahltrust seine Anlagenwerte in Höhe von anderthalb Milliarden, dergleichen seinen Besitz an Beteiligungen und Offerten von 350 Millionen, in einer unaufgegliederten Bilanzziffer angibt, daß die Gewinn- und Verlustrechnung häufig nur ein bis zwei Posten enthält und daß die Lagerbestände nicht aufgeschlüsselt werden, und man versteht dann, daß selbst die Wirtschaftsführer vor dem Enqueteausschuß übereinstimmend zugaben mußten, daß heute die Bilanzen weder über die Vermögenslage noch über die Rentabilität ein Bild vermitteln.

Angesichts dieser Sachlage muß man die sofortige Intraffizierung der erweiterten zwingenden Publizitätsvorschriften für den Geschäftsbericht sowie für die Aufgliederung der Bilanz verlangen, wie sie in dem Entwurf des Justizministeriums aufgestellt wurden.

In einer Hinsicht müssen die Vorschriften über die Gewinn- und Verlustrechnung jedoch noch unbedingt ergänzt werden.

Es muß zwingend vorgeschrieben werden, die Bezüge der Vorstandsmitglieder und Aufsichtsräte gesondert auszuweisen.

Unsere Kenntnis der Aufwendungen für die Verwaltung beruht heute auf Zufälligkeiten. So erfuhr man z. B. erst nach dem großen Kladderadatsch bei Karstadt, daß der Vorstand neben mehr als 100 000 Mark Gehalt einen Lantiemeanspruch in Höhe von 30 Proz. des Reingewinns hatte, also rund 3 Millionen Mark jährlich in guten Zeiten als Sondervergütung erhielt. So erfuhr man aus dem ausländischen Aka-Prospekt von den horrenden Lantiemen, die man dort dem Aufsichtsrat zuschanzen wollte.

Es muß den Gesellschaften die Pflicht auferlegt werden, Angaben über Aufwendungen für die Leitung des Unternehmens in der Gewinn- und Verlustrechnung zu machen.

Wir halten es ferner für notwendig, daß die Publizitätsvorschriften auch noch wirtschaftlichen Gesichtspunkten ergänzt werden. Für die wirtschaftspolitische Beurteilung ist es unerlässlich, zumindest Produktionsumfang, Umsatz, Auftragsbestand und die Beschäftigtenzahl der Großunternehmen zu erfahren, um nur die wichtigsten Betriebsziffern zu nennen.

Die unverzügliche Einführung einer allgemeinen Revisionspflicht

für alle größeren Aktiengesellschaften (von 500 000 oder 1 Million Aktienkapital aufwärts) ist nach den Erfahrungen der letzten Jahre zu einer absoluten Notwendigkeit geworden. Der Entwurf des Reichsjustizministeriums sieht erfreulicherweise diese pflichtmäßige Bilanzprüfung durch anerkannte Wirtschaftsprüfer vor, beabsichtigt jedoch, nur allmählich diese Revisionsverpflichtung einzuführen. Damit darf nicht gewartet werden. Außerdem müssen diesen Wirtschaftsprüfern die weitestgehenden Auskunftsrechte eingeräumt werden und es muß für eine volle Unabhängigkeit dieser Stellen gesorgt werden.

Wir haben bereits vor einigen Tagen sehr nachdrücklich gegen eine Ueberlastung der Auswahl der Prüfer sowie die Bestimmung der Zulassungsrichtlinien durch Interessentenkörperschaften, so wie es nach den bisher getroffenen Vorbereitungen geplant ist, protestiert; wir halten es für unerlässlich, daß die Richtlinien für die Durchführung der Bilanzprüfung sowie die Auswahl der Prüfer von einer völlig unabhängigen Stelle — vom Reich oder der unseres Erachtens ohnehin zu schaffenden Aufsichtsstelle für das Aktienwesen — erlassen werden.

Nach der Einführung einer unabhängigen, weitreichenden Pflicht-

revision, also nach Entlastung von buchmäßiger Kontrolle, kann noch mit größerem Recht

eine wesentlich stärkere Verantwortlichkeit der Verwaltung

verlangt werden, die vor allem durch verschärfte Straf- und Haftungsbestimmungen gegen Vorstand und Aufsichtsrat sichergestellt werden muß.

Unabhängig hiervon müssen die Einhaltung der Publizitätsvorschriften und die sachgemäße Auskunftsverteilung durch Strafandrohungen sichergestellt werden. Wir haben es wiederholt erlebt, daß Verwaltung oder Aufsichtsrat irreführende Angaben über den Status und die Aussichten des Unternehmens gegeben haben. Bei der Aka, bei Karstadt, A. B. für Verkehrsweisen, Wiking wurden noch optimistische irreführende Kommuniqués zu einer Zeit herausgegeben, als die größten Verluste eingeweihten Kreisen längst bekannt sein mußten.

Ebenso aber muß in der Frage der materiellen Schadenersatzpflicht von Vorstands- oder Aufsichtsratsmitgliedern, die vorsätzlich oder jahrlässig ihre Obliegenheiten verletzt haben, Klarheit und Ordnung geschaffen werden.

Verwaltung und Aufsichtsrat verstehen es heute auf Grund ihres überragenden Einflusses, sich auch bei offensichtlichem Verschulden der Haftungsverpflichtung zu entziehen. Die Banken pflegen ihre Mithilfe bei der Sanierung zusammengebrochener Unternehmen von dem Verzicht auf Regressansprüche gegen Direktorium oder Aufsichtsrat abhängig zu machen. So geschah es z. B. bei der Sanierung der Pfälzischen Bank, so bei der Uebernahme der Favag durch die Allianz.

Rebellierende Aktionäre, die mit Regress- oder Revisionsanträgen unangenehm werden, pflegt man durch Sondervergünstigungen abzuführen.

So kommt es praktisch zur Geltendmachung von Regressansprüchen gegen Vorstand oder Aufsichtsrat auch bei offensichtlichlicher Verletzung der Obliegenheiten überhaupt nicht (im Fall Karstadt stimmten in der Generalversammlung nur 3 Proz. des vertretenen Aktienkapitals für die Regressanspruchnahme). Es reicht auch nicht aus, daß man — wie im Aktienrechtsentwurf — die Geltendmachung von Regressansprüchen erleichtert. Wenn Gesellschaft und Aktionäre keine Schadenersatzklage erheben, muß eine unabhängige Kontrollstelle die Durchführung des gerichtlichen Verfahrens veranlassen und erzwingen können.

Es wird ohnehin unerlässlich sein, einer Aufsichtsstelle die notwendigen Kontrollbefugnisse und Einwirkungsmöglichkeiten zu übertragen. Für die Annehmung der Publizitätsvorschriften, zur eventuellen Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen, aber auch für die Verschreibung von Bilanzmustern und für die Spruchstellen, die bei Verweigerung von Auskünften entscheiden sollen, ist eine Aufsichtsstelle im Aktienwesen einfach notwendig. Wir stehen mit dieser unserer Forderung nicht allein. So hat der Verein für die Interessen der Hamburger Fondsbörse, den man gewiß nicht als „marginistisch und wirtschaftsfeindlich“ verdächtigen wird, die Schaffung einer öffentlichen Stelle zur Ueberwachung der Publizität der Aktiengesellschaften verlangt, die bei Verfehlungen auch Strafen zu verhängen hätte.

Endlich muß der Einblick der Betriebsräte im Aufsichtsrat in alle Geschäftsorgänge und ihre Mitwirkung in der Geschäftspolitik des Unternehmens, soweit Verfassung und Gesetz es nahelegen, unbedingt sichergestellt werden. Es muß gesetzlich festgelegt werden, daß die Betriebsräte im Aufsichtsrat in allen Ausschüssen mit vertreten sein müssen.

Die genannten Maßnahmen dulden keinen Aufschub mehr. Die Regierung muß sie unverzüglich durchführen. Die Vorbereitung der Gesamtreform wird dadurch gewinnen.

Andere Zahlungstermine?

Vorschläge der Forschungsstelle für den Handel.

Die Gehälter der Beamten und Angestellten von öffentlichen Körperschaften werden auf Grund einer Rotverordnung diesmal in zwei Raten gezahlt, da zum Monatsende die Summe für die Zahlung der vollen Gehälter nicht zu beschaffen ist. Diese Tatsache hat der Forschungsstelle für den Handel Veranlassung gegeben, wieder einmal die Frage der Zahlungstermine allgemein zu prüfen.

In ganz Deutschland werden die Löhne ganz überwiegend am Freitag gezahlt, und zwar in einer Gesamtsumme von etwa einer halben Milliarde Mark wöchentlich. Davon werden für Lebens- und Genussmittel etwa 215 Millionen Mark wöchentlich ausgegeben, und zwar mehr als die Hälfte dieser Summe am Freitag und Sonnabend. Die Gehälter werden überwiegend am Monatsende gezahlt, und zwar in einer Summe von etwa 1,5 Milliarden Mark monatlich. Fällt das Monatsende zufällig auf einen Freitag, dann drängt sich auf diesen Tag ein Zahlungsmittelbedarf von 2 Milliarden Mark zusammen. Die Gehälter werden zwar verhältnismäßig gleichmäßig im ganzen Monat ausgegeben, doch sind auch hier besonders hohe Ausgaben unmittelbar nach dem Zahltermin festzustellen.

Für den Handel ergibt sich daraus die unangenehme Folge, daß die Umsätze an wenigen Tagen im Monat eine außerordentliche Höhe erreichen; auf diese Höchstumsätze muß aber der Handel in Raum, Kapital und Arbeit sich einrichten, wodurch die Kosten der Warenverteilung sich nicht unwesentlich erhöhen. (Zweifellos wird aber eine gewisse Zusammendrängung des Lebensmittelumsatzes auf das Wochentende stets bestehen bleiben, da ja am Sonntag nicht gekauft werden kann. D. Red.)

Eine Verteilung aller Lohn- und Gehaltszahlungen über alle Tage des Monats würde täglich eine Summe von nur 150 bis 200 Millionen Mark beanspruchen; die Schwierigkeiten aus der geschäftlichen oder traditionellen Bindung bestimmter Zahlungstermine (Steuern, Hypothekenzinsen Mieten) müßten zur Einführung einer solchen Verteilung überwunden werden.

Die Forschungsstelle erhebt zur Verbilligung des Warenabfahes und zum Ausgleich des Zahlungsmittelbedarfs drei Forderungen: erstens sollen die Lohnzahlungen in einem Wirtschaftsgebiet auf alle Wochentage nach Betrieben so verteilt werden, daß täglich etwa die gleiche Summe zur Auszahlung kommt. Zweitens sollen die Gehaltszahlungen für Angestellte in die zweite Monatshälfte gelegt werden, und zwar unter Festlegung des Wochentages für jeden Betrieb. Drittens sollen die Beamtengehälter in der ersten Monatshälfte gezahlt werden, und zwar auch an festen Wochentagen (nicht Kalendertagen).

Frieden im Zementkartell.

Einigung mit Außenseitern. — Resultat: Preissteigerung!

In keinem Wirtschaftszweig hat die Kartellwillkür so grobste Zustände herbeigeführt wie in der Zementindustrie. Obwohl seit Jahren die Anlagen nur zu einem Bruchteil ihrer Leistungsfähigkeit ausgenutzt werden (und in Zukunft ausgenutzt werden können), entziehen infolge des Anreizes der überhöhten Kartellpreise immer wieder neue Werke. Diese Außenseiter unterbreiten eine Zeitlang die Kartelle, dann lassen sie sich entweder durch Zuhilfenahme einer hohen Quote (Abfahbeteiligung) ins Kartell aufnehmen oder aber vom Kartell auslaufen und stilllegen. Die Summen für den Aufbau werden natürlich durch überhöhte Preise von den Abnehmern herbeigeholt.

In den letzten Monaten war der Norddeutsche Zementverband durch Außenseiter so stark bedroht, daß sich alle Mitglieder auf die Auflösung (und den folgenden Konkurrenzkampf) gerüstet hatten. Jetzt hat man es doch für besser befunden, sich zu einigen und den „Kampf aller gegen alle“ zu vermeiden. Drei Außenseiter sind dem Verband beigetreten; ob sie „aufgekauft“ wurden, so daß ihre Anlagen stillgelegt werden, oder ob sie als

Verbandsmitglieder weiter arbeiten werden (ihre Absicht machte 10 Proz. des Kartellabfahes aus), ist nicht bekannt. Ein Außenseiter bleibt weiterhin außerhalb des Verbandes; offenbar fürchtet man ihn nicht.

Für die Abnehmer wird sich dieser Friedensschluß sehr bald bemerkbar machen. Während des Kampfes gegen die jetzt ins Kartell aufgenommenen Außenseiter hatten die Kartellmitglieder billigen Zement, sog. Pioniermarken, auf den Markt gebracht. Die Produktion in diesen Marken wird jetzt eingestellt, so daß die Abnehmer gezwungen sind, die teuren Zementmarken zu kaufen. Wir sind gespannt, wann die nächsten Außenseiter auftreten werden. Nur eine durchgreifende Kartellkontrolle wird diese unglaubliche Kapitalverschwendung beenden können.

Rückgang der Spareinlagen.

Die preussischen Sparkassen im Juni 1931.

Das Ergebnis der Einlagen-Statistik für die preussischen Sparkassen zeigt für Juni einen Rückgang der Spareinlagen um insgesamt 102,4 Millionen Mark, und zwar von 6788,4 auf 6686,2 Millionen Mark. Dabei ist hervorzuheben, daß der Rückgang nicht so sehr auf die Verminderung der Einzahlungen zurückzuführen ist, sondern auf die erhebliche Verschärfung der Auszahlungen, die mit 452,4 (333,9) Millionen Mark ausgewiesen werden. Die verstärkten Abhebungen sind nicht überwiegend auf „Angstabhebungen“ zurückzuführen, sondern hängen in erster Linie mit der scharfen Zuspitzung der wirtschaftlichen Verhältnisse zusammen.

Frage der Kohlenumlage entschieden.

Die Erneuerung des Ruhrkohlenyndikats wäre fast an der Frage der Kohlenumlage gescheitert. Die Kohlenumlage ist die Abgabe an das Syndikat, durch die einmal die Geschäftskosten des Syndikats, zum anderen und vor allen Dingen die Kosten für den Konkurrenzkampf im bestrittenen Gebiet gedeckt werden. In welcher Weise diese Kosten auf die reinen Zechen (die nur Kohle fördern) und auf die Hüttenzechen (die auch Eisen produzieren) verteilt werden, ist jetzt durch Schlichtspruch des Bergbaupräsidenten Bennhold festgelegt worden. Bennhold ist sehr stark den Vorschlägen Thyssens gefolgt.

Danach werden die reinen Geschäftskosten des Syndikats gleichmäßig auf jede geförderte Tonne verteilt. Die Kosten für den Konkurrenzkampf werden wie folgt umgelegt: Von der Verbrauchsbeteiligung der Hüttenzechen bleiben 50 Prozent umlagefrei (aber höchstens 55 Proz.), wie die Eisenausfuhr an der Gesamtisenproduktion ausmacht. Der übrige Teil der Verbrauchsbeteiligung und die Verbrauchsbeteiligung sind voll umlagepflichtig. Als Hüttenzechen werden diejenigen Zechen angesehen, deren Selbstverbrauch an ihrem Gesamtbedarf von Kohlen im abgelaufenen Geschäftsjahr wenigstens 15 Proz. ausmacht.

Gestiegene Umsätze der Konsumgenossenschaften

Im Juni betragen die Umsätze im Zentralverband deutscher Konsumvereine je Mitglied und Woche 7,17 M. Sie sind gegenüber Mai (6,88 M.) nicht unbedeutend gestiegen, obwohl das Pfingstfest in den Mai fiel, obwohl der Juni im allgemeinen als Ferienmonat geringere Umsätze als der Mai aufzuweisen pflegt. Man darf aber aus dieser Steigerung noch nicht auf einen Stillstand des Rückganges im Konsumgenossenschaftlichen Umsatz schließen, da die Tendenzen zur Schwächung der Kaufkraft und zur Preisenkung fortauern. Diese Steigerung hat vielmehr einen einzigen zufälligen Grund: am 16. Juni ist die Zuckerteuererhöhung in Kraft getreten, die eine Erhöhung des Zuckerpreises um etwa 6 Pf. je Pfund mit sich brachte. Diese Steuererhöhung bewirkte so starke Voreinkäufe der Mitglieder, daß die Gesamtumsätze diese Steigerung erfuhren.

Hermann Lieber: Der Malefiz-Schenk

In unsern Tagen, da der Kampf um die Todesstrafe und um die Reform der Strafrecht mit erneuter Heftigkeit entbrannt ist, gewinnt ein Sonderling aus dem 18. Jahrhundert ein besonderes kulturgeschichtliches Interesse, der sich aus freien Stücken zum Amie des Kerkermeisters und Henkers gedrängt hat. Er tat das angeblich aus glühender Liebe zur Gerechtigkeit, in Wahrheit aber, aus einem verdrängten Machtbedürfnis heraus. Der Reichsgraf Franz Ludwig Schenk zu Castell hatte nämlich trotz seiner vielen stolzen Titel, darunter den „Seiner Römischen Kaiserlichen und Königlich Majestät Kämmerer“, „Seiner Kurfürstlichen Gnaden zu Mainz Wirklicher Geheimrat“, und „der Hochfürstlichen hochwürdigsten Erbmarckhall“ herzlich wenig zu regieren. In Wirklichkeit gebot er nur über einige elende Kester des Schwäbischen Kreises, eingeklemmt zwischen Württemberg, Hohenzollern-Sigmaringen, Baden und Vorderösterreich, von denen „Sietten am kalten Markt“ noch das bedeutendste war. Da kam es ihm denn recht zu paß, als der Kreis in einem Rundschreiben anfragte, welcher seiner Mitglieder bereit sei, auf allgemeine Kosten eine Fronfeste zu erbauen und zu unterhalten, damit dem immer mehr überhand nehmenden Räuberwesen gesteuert werde. Das war um 1760. Massenhaft trieben sich damals entlassene oder entlaufene Soldaten in Oberschwaben herum, neben den zahllosen verelendeten Bauern. Es ist kein Zufall, daß gerade in Schwaben die „Räuber“ geschrieben wurden: kaum ein anderer deutscher Despot prägte seine bedauernswerten Untertanen so aus wie Schillers Landesvater Karl Eugen, und der Uebertritt aus einem Winkelterritorium ins andere, aus einem Hochstift in eine freie Reichsstadt oder in ein weltliches Fürstentum erleichterte den Spitzhüben oder „Malefizanten“ ebenso sehr ihr Handwerk, wie es den Höfchern das ihre erschwerte. Die Blütezeit des Räubertums fällt mit der des Despotismus ungefähr zusammen.

Graf Schenk von Castell also, der damals in der Blüte seiner Jahre stand und mit seiner Redegestalt, seiner gewaltigen roten Nase und seinem ebenso roten Haar wie der Teufel gefürchtet wurde, stellte sich dem Kreise als Büttel, Richter, Kerkermeister und Henker zur Verfügung und baute neben seinem Schloß in Dillingen ein großes Zuchthaus. Jetzt hatte er endlich eine Lebensaufgabe gefunden: er führte persönlich die Streifen an, die auf Banditen fahndeten, ließ die Gefangenen verurteilen und, je nachdem, einperrten oder töpen, hängen oder rädern. In seiner blinden Verfolgungswut fragte er nichts mehr nach den Landesgrenzen und brach oft genug in die „Nachbarstaaten“ ein. Das gab zuerst Beschwerden, aber schließlich war man zufrieden, einen so brauchbaren Beamten zu besitzen, und ließ ihn gewähren. Bald konnte ihn das Volk nur noch unter dem Spitznamen „Malefiz-Schenk“ rufen. Man hätte ihn auch den „Zuchthausgrafen“ nennen können. Todesurteile mußten zwar von der Universität Tübingen bestätigt werden — aber wenn der „Malefiz-Schenk“ schon einmal einen mehr hinrichtete, dann trübte kein Hahn danach. In seinem Zuchthaus, in dem er auch selber wohnte, nachdem die Räuber ihm sein Residenzschloß angezündet und sein Jagdschloßchen Bach ausgeraubt und verwüstet hatten, saßen selten weniger als 100 Befangene und

meist zwanzig zum Tode verurteilte Delinquenten. Zum Zwecke der „Besserung“ hatte er besondere Baracken errichten lassen, in denen die Sträflinge gefoltert wurden. Die „Exekutionen“ wurden zu mehreren auf einen Tag gelegt, der dann als eine Art Volksfest in der Gegend gefeiert wurde. Sechs, acht, zehn „arme Sünder“ mußten dann das Hochgericht bestiegen, das als ein gräßliches Wahrzeichen das Zuchthaus dieses abligen Sabiten krönte. In neun Jahren sind dreißig Personen in Dillingen hingerichtet worden.

Ritunter hatte der Graf eine menschliche Anwandlung, begnadigte einen Gauner und zog ihn dann in seine nähere Umgebung. Seine vertrauten Ratgeber waren zwei ehemals gefürchtete Diebe, der „Baireutherle“ und der „Lauterbacher“, und die Pompadour, die dieses schwäbische Versailles beherrschte, war die „schöne Victor“, eine Köchin, die ehemals wegen schwerer Diebstähle eingekerkert worden war.

Daneben war der „Malefiz-Schenk“ ein recht guter Geschäftsmann. Er machte es wie der Herzog Karl Eugen und so manche andere deutsche Duodezfürsten, etwa die von Braunschweig und Hessen-Kassel: er verkaufte seine Sklaven um 100 Gulden das Paar an die Oesterreicher, wenn diese in Verlegenheit mit Rekruten waren. Ohnehin konnte er damit rechnen, daß die gemigten Burschen austriffen und zu den Fleischhampeln der „schönen Victor“ zurückkehrten. Freilich mußte er auch darauf gefaßt sein, daß seine „Getreuen“ ihm auffauerten, wenn er unterwegs war nach Ulm oder Sigmaringen. Einmal warfen sie ihm ein Bombe in seinen vierspännigen Wagen, und nur ein beherzter Sprung auf die Straße und auf den Rücken zweier Kutschperde rettete den Herrn und seinen Kutscher. Am empfindlichsten traf ihn die „schwarze Viesel“, eine berüchtigte Diebin, die ihm, als er am Geburtstag des Herzogs Karl Eugen im scharlachroten Samtrod durch die gaffende Menge schritt, 1700 Gulden aus der Tasche stahl, die er sich für die Spielbank eingesteckt hatte. Erst nach fünf Jahren rastloser Verfolgung ermittelte er sie im Bayerischen und ließ sie in Dillingen aufknüpfen.

Als durch die Reformgesetze des Kaisers Josef II. die Todesstrafe in der österreichischen Nachbarschaft abgeschafft wurde, machte Schenk sich mit doppeltem Eifer an seine schöne Lebensaufgabe. Erst der Reichsdeputationshauptschluss Napoleons machte 1803 seiner Herrlichkeit ein jähes Ende. Schenk, vom reichsunmittelbaren Grafen zum Basalen des neugeborenen Königs von Württemberg degradiert, wurde im Jahre 1808 „wegen der wirklich schreienden Ungerechtigkeiten und über alle Begriffe gehenden Unordnungen, Willkürlichkeiten und Verzerrungen der Kriminaljustiz“ zur Rechenschaft gezogen. Der zweijährige Prozeß endete mit einer Verurteilung zu — 391 Gulden 25 Kreuzern Geldstrafe. Erlegt hat Schenk diese lächerlich geringe Buße, die in Wirklichkeit nur die Kosten des Verfahrens deckte, erst sieben Jahre später, im Jahre 1817. Ein paar Jahre später ist er, ein hoher Achtziger, auf seinen Gütern gestorben. Er soll in seinen letzten Lebensjahren untröstlich gewesen sein, daß er nicht mehr wie ehemals töpen, hängen und rädern durfte.

Erich Krug: Löcher im Weltall

Wie viele Rätsel leuchten doch aus Sternenhöhen hernieder! So, man kann sagen, in jedem zitternden Lichtstrahl, der auf seiner unsäglich schnellen Reise durchs All die kleine Erde berührt, sind Geheimnisse verborgen. Die wissenschaftliche Forschung, die große Rätselkaterin, die die Probleme von gestern löste, hat es heute mit neuen und größeren zu tun. Es gibt wohl nur wenige wissenschaftliche Gebiete, auf denen in den letzten Jahren sozial Neues entdeckt worden ist, wie gerade auf dem Gebiete der Astronomie. Diese Entdeckungen haben sich einen Umfang angenommen, daß man in Fachkreisen schon von einer Ueberproduktion im wissenschaftlichen Betriebe gesprochen hat. Das heißt, es gibt sehr viele beobachtete Erscheinungen und Tatsachen, die noch nicht in unser Weltbild eingearbeitet worden sind. Die Erzeugung an neuen Beobachtungen ist weit größer als der geistige Verbrauch, als die Einfügung in das Weltgebäude.

Zu den interessantesten und zweifellos auch heute noch rätselhaftesten Entdeckungen gehören die dunklen Rebel im Weltall. Wenn man mit großen, lichtstarken Fernrohren den schimmernden Gürtel der Milchstraße durchstreift, kann man häufig auf Stellen treffen, die wie dunkle Löcher im Weltall aussehen. Inmitten von Gegenden großen Sternereichtums wirken diese dunklen Stellen wie gähnende Abgründe, die sich in eine schwarze Unendlichkeit verlieren. Während man früher tatsächlich geglaubt hat, daß es sich hier um sternarme oder sternlose Gegenden handle, weiß man heute mit absoluter Sicherheit, daß dunkle Rebel oder gewaltige kosmische Staubmassen an dieser Stelle stehen, die die hinter ihnen stehenden Sterne verdecken. Diese vorzügliche Himmelsaufnahme gibt es von diesen heute noch geheimnisvollen kosmischen Gebilden, und besonders die hervorragenden Photographien, die mit dem 2,5-Meter-Spiegelteleskop des Mount-Wilson-Observatoriums im Westen Nordamerikas, dem größten Fernrohr der Welt, hergestellt wurden, lassen deutlich die seltsamen Formen dieser lichtabföndlichen Weltallwolken erkennen. Rührtere Ueberlegungen führen zu dem Schluß, daß Massen dunkler Materie im Weltall vorhanden sein müssen. Auch die mächtigsten Sonnenbälle werden im Laufe langer Zeiträume verfließen und dann als dunkle Körner durch den Raum treiben. Daß es solche dunklen Weltkörper tatsächlich gibt, kann man z. B. an dem veränderlichen Stern Algol erkennen, der von einer dunklen Sonne umkreist und in bestimmten Perioden von ihr teilweise bedeckt wird, wodurch er in seiner Helligkeit schwankt.

Aber bei den kosmischen Völkern dürfen wir nicht nur an eraltete Sonnen denken. Es gibt viele helle kosmische Rebel, die in auffälliger Weise, wie beim Rebel im Sternbilde des Schwans, ein Gebiet großer Sternendichte von einem anderen mit geringerem Sternereichtum trennen, so daß der helle Rebelstreifen sozusagen das Randgebiet eines viel größeren, zum größten Teil dunklen Rebels, darstellt, der die hinter ihm stehenden Sterne verdeckt und nur wenige Sterne, die noch vor ihm stehen, sichtbar bleiben läßt. Es ist also möglich, daß diese dunklen kosmischen Gas- oder Staubmassen an Stellen, an denen sie sich schon mehr verdichtet haben, eine ziemlich hohe Temperatur von mehreren tausend Grad erreichen und dadurch zu leuchten beginnen. Aber nicht nur in unserer Milchstraße hat man diese riesenhaften dunklen Völkern entdeckt. Auch in Milchstraßen jenseits unserer Milchstraße, in den unendlich fernen Spiralnebeln, sind solche lichtverschluckenden, dunklen Massen festgestellt worden. Besonders auf Photographien, die eine Weltinsel von der Kante zeigen, kann man solche dunklen Stellen deutlich erkennen. Welche Rolle diese kosmischen Staubmassen im Weltall spielen, ist noch nicht mit Sicherheit festgestellt worden. Wahrscheinlich gehören sie ebenso wie die leuchtenden Rebel mit zum Baustoff der Weltkörper. Der Fortschritt von morgen wird aber sicher auch die vollständige Lösung dieser Rätsel bringen.

Hans Bauer: Trick des Badegastes

Die Hotels und Pensionen des an einem Arm des Mitteländischen Meeres gelegenen Radebades waren wohlbesetzt. Die Saison war in vollem Gang.

Eines sonnigen Morgens sah der Direktor des Bades selbstgefällig in seinem Vorzimmer, blühte mit vergnüglichen Lächeln durch das geöffnete Fenster auf die Kurpromenade hinaus und ließ es sich durch den Kopf gehen, mit welchen Darbietungen und Attraktionen er die Kurgäste wohl in den nächsten Wochen überreden könne. Vielleicht ließe sich ein Feuerwerk veranstalten... vielleicht wäre der große Sturzflieger zu bekommen... Seine Sekretärin öffnete die Tür: „Ein Herr wünscht den Herrn Direktor in einer dringenden Angelegenheit zu sprechen!“

Der Angemeldete trat ein. Der Direktor bot ihm mit liebenswürdiger Geste einen Stuhl an. Aber der Fremde ließ sich auf Formalitäten nicht ein, sondern hastete, noch ehe er Platz genommen hatte, in erregtem Tone hervor: „Herr Direktor, ich muß Ihnen eine schlimme Mitteilung machen. Ich bin in den Morgenstunden ein Stück aufs Meer hinausgefahren. Mit einem Segelboot. Wie ich ein paar Kilometer vom Strand bin, Herr Direktor, bemerkte ich im Wasser einen Fisch — einen großen Fisch. Ich denke mir zuerst nicht viel dabei — aber dann umkreist der Fisch mein Boot und schleudert sich auch ein paarmal dagegen. Wöglich entdecke ich: Dieser Fisch ist ein Hai! Ich habe es genau erkannt! An den zurückliegenden Augen, an dem zurückliegenden weißen Maul. Ein Dromed ist völlig ausgeschlossen. Es ist ein Hai! Im Bad, Herr Direktor! Vielleicht sind es auch mehrere.“

Der Direktor lachte fröhlich und unbekümmert: „Ein Hai! Woher soll denn der Hai gekommen sein! Die Geschichte dieses Bades kennt keinen Hai, und bei den Fischern im Ort können Sie auch herumfragen: Seit Generationen sind hier keine Haie gesehen worden. Vielleicht haben Sie einen Kochen für einen Hai-fisch gehalten.“

Der Fremde wurde scharf: „Ich weiß sehr wohl einen Kochen von einem Hai-fisch zu unterscheiden. Es war ein Hai-fisch und nichts anderes, was ich gesehen habe.“

„Am Mitteländischen Meer sollen zuweilen Haifische vorkommen, aber doch nicht hier“, sagte der Direktor ärgerlich. „Sie reden etwas daher, was Sie nicht verantworten können.“

Run lautete der Fremde auf: „Ich muß Sie bitten, Herr Direktor, nicht mir, sondern den Tatsachen zu zürnen.“

Der Direktor wurde sehr erregt: „Aber das sind ja doch keine Tatsachen, was Sie mir mitteilen, es können keine sein. Sie sind das Opfer einer falschen Beobachtung oder Ihrer zoologischen Unkenntnis geworden.“

Der Fremde schlug auf den Tisch: „Ich weiß, was ich sage, und ich weiß, was ich gesehen habe. Ich habe einen Hai-fisch gesehen. Nichts anderes als einen Hai-fisch.“

Der Direktor eilte an das Fenster und schloß es. Es war ihm plötzlich zum Bewußtsein gekommen, welche Folgen die Worte des Fremden haben mußten, wenn sie an unerfahrene Ohren gelangten. „Bedenken Sie doch“, sprudelte er hitzig hervor, „welche Verantwortung Sie mit Ihrer Behauptung übernehmen... Ueberlegen Sie doch, welche Konsequenzen das Gerücht von einem Hai-fisch nach sich ziehen könnte! Wer würde sich denn noch ins Wasser wagen! Der Schaden für den guten Ruf unseres Bades wäre ja gar nicht auszudenken. Das scheinen Sie sich alles nicht klar gemacht zu haben, mein Herr!“

Der Direktor schien so etwas wie eine Opposition gegen seine Auffassung zu erwarten, eine beschwichtigende Gebärde des Fremden. Aber der Fremde erwiderte überhaupt nicht, sondern sah dem

Direktor nur tief in die Augen. Der Direktor gab den prüfenden, schweigenden Blick zurück und nun erst glückte es, die Situation zu durchschauen: Der Fremde mußte Bescheid über die Bedeutung, die der Hai-fisch für die Existenz des Bades haben mußte, und er hatte kein Interesse daran, sie zu unterschätzen.

Nach einer kleinen Pause sagte der Direktor sehr gefaßt und sehr selbstsicher: „Ihre Behauptung ist unbeweisbar. Ich schenke ihr keinen Glauben.“

Der Fremde sagte noch viel gefaßter und noch viel selbstsicherer: „Meine Behauptung ist unwiderlegbar. Es werden ihr andere Leute Glauben schenken.“

Der Direktor sprang vom Stuhl auf: „Sie werden es nicht wagen, das Renommee eines großen Bades zu untergraben. Sie würden vor Gericht für Ihre Worte einzustehen haben.“

„Ich werde mit Vergnügen das Podium des Gerichtes benutzen, um meinen Beobachtungen eine möglichst große Resonanz zu verleihen.“ Der Fremde schien gehen zu wollen.

Der Direktor stürzte ihm nach. Er hatte alle Fassung jetzt wieder verloren. „Ueberlegen Sie nichts“, stammelte er hervor. „Ich habe Ihnen ja nicht zuzuhören wollen... Sie müssen einsehen, daß ich in einer verzweifelt Lage bin. Es kann nicht Ihre Wille sein, daß ein blühendes Bad ruiniert wird, ja, daß der Staat auf schwerste geschädigt wird.“

Der Fremde zuckte die Achseln. „Ich verbinde“, sagte er, „keinen Wunsch mit meiner Erzählung. Ich habe kein Interesse an einer Beeinträchtigung des Badegeschäftes, aber ich lasse mich auch nicht für die Folgen haftbar machen, die sich aus meinem Erlebnis ergeben könnten. Ich bleibe dabei, daß ich einen Hai-fisch gesehen habe, und ich möchte den kenneilernen, der mir das Gegenteil nachweist.“

Der Direktor blickte ins Leere. Nach einer Weile sagte er, sich offenbar einem neuen Gedankengang zuwendend: „Der Anblick des schrecklichen Fisches dürfte Sie nicht wenig beunruhigt haben. Legen Sie Wert auf ein Schmerzgeld?“

Run fand der Fremde nicht gleich die geeigneten Worte. Er taute an der Unterslippe und sagte nach reiflicher Ueberlegung mit etwas diplomatischer Note: „Auf Schmerzgeld möchte ich keinen Anspruch erheben... indessen gebe ich Ihnen zu erwägen, daß ich meine Reisedispositionen nunmehr umstören möchte, denn es kann mir nicht zugemutet werden, mich länger in ein so gefährliches Wasser zu begeben. Es erwachsen mir dadurch eine Menge unvorhergesehener Ausgaben.“

„Also schön“, lächelte der Direktor, „nennen wir es Schadenersatz.“

Man wurde sich noch einigem Hin und Her über die Höhe dieses Schadenersatzes einig. Der Direktor händigte dem Fremden den entsprechenden Betrag aus.

Am selben Tage noch reiste der Fremde ab. Was den Hai-fisch anbelangt, so wurde nie wieder eine Spur von ihm entdeckt. Der Direktor nahm, wohl nicht zu Unrecht, an, daß dieses bössartige Geschöpf es lediglich auf den Fremden abgesehen hatte und ihm, mit jähem Hartnäckigkeit, auf dem Wasserweg in andere Bäder gefolgt ist.

Die Milchstadt München. Wenn von München die Rede ist, denkt man gleich an schäumendes Münchener Bier, an „Rudi und Weißwürstel“. Aber man tut damit den Münchenern bitter Unrecht, denn Bayerns Hauptstadt ist die Stadt der — Milchtrinker. Die Statistik bemerkt das einwandfrei. In München wurden im vergangenen Jahre 0,35 Liter Milch täglich pro Kopf der Bevölkerung verbraucht, während auf Berlin nur 0,27 Liter auf den Kopf entfielen.

Wann sind Jahre mückenreich?

In diesem Jahre wird besonders heftig über die Mückenplage geklagt, und da muß es interessieren, den Bedingungen nachzuforschen, unter denen sich diese blutsaugenden Insekten entwickeln. Nach einer Darstellung der „Chemiker-Zeitung“ gibt es in Deutschland zwei Hauptgruppen von Stechmücken; bei der einen Gruppe durchwintert das Weibchen und beginnt im Frühjahr mit der Fortpflanzung, die sich dann rasch von Generation zu Generation fortsetzt. Hierher gehören u. a. die Gemeine Stechmücke, die Malaria-Mücke und die Ringelmücke. Ihre Häufigkeit hängt hauptsächlich von den Feuchtigkeitverhältnissen ab; ist ein Sommer feucht, dann ist die Schaar der überwinternden Mücken sehr groß und infolgedessen im folgenden Jahre eine Mückenplage zu erwarten. Freilich lassen sich diese Herbstmücken durch die Ausräumung in den Kellern, die von den Behörden vielerorts angeordnet wird, in ziemlich weitgehendem Maße ausrotten. Dies ist aber nicht möglich bei der anderen Gruppe, den Wiesen- und Waldmücken, die ihre Eier nicht auf das Wasser, sondern am Rande der Gewässer oder auf trockene Blätter legen. Da die Eier dieser Insekten den Winter überdauern, so kann auf diese Weise der Bestand der Art ins nächste Jahr hinübergerettet werden. Auch diese Mücken vermehren sich am reichsten nach Frühjahrsüberschwemmungen, die die Wiesenflächen unter Wasser setzen und die dort ruhenden Eier zur Entwicklung bringen. Viele Regengüsse im Sommer tragen zur Vermehrung bei. Jedenfalls hängt bei beiden Gruppen die Massenentwicklung in hohem Grade von der Feuchtigkeit ab.

Schwimm-Storfox und Wassertango

Die diesjährige Badesaison bringt, zunächst in England, eine Neueinführung, die jedem passionierten Tänzer nur willkommen erscheinen wird. Ein erfindlicher und geschäftstüchtiger Londoner Tanzmeister kam auf die lustige Idee, Wassertänze auszubilden: Schwimm-Storfox und Schwimm-Tango, ja sogar Schwimm-Walz. Die Tänze im Wasser stellen vereinfachte Abarten der heutigen Modetänze dar — so meint's zumindest der kühne Reformator. Böse Zungen wiederum behaupten, die ganze „Erfindung“ sei weiter nichts als Vorpiegelung solcher Tatsachen, ein geschickter bluff, denn die Wassertänzer machen lediglich die üblichen Schwimmbewegungen auf Wasser. Wie dem auch sei: Die Gesellschaft stürzt sich, englischen Zeitungsmeldungen zufolge, auf das Studium der Wassertänze, so daß die Befürchtung, auch wir bekämen diesen neuesten Modeauswuchs bald importiert, durchaus begründet ist. So schlimm wie es sich anhört, ist es gar nicht — stellungslose Musiker werden eben eine neue Sommerbeschäftigung finden!

Ungeschältes Obst vor dem Essen waschen!

In der Zeitschrift „Volkswohlfahrt“ wird von einem nicht alltäglichen Fall einer schweren Magen-Darm-Erkrankung nach dem Genuß eines ungewaschenen Apfels berichtet. Genauere Untersuchungen haben dann ergeben, daß die Ursache der Erkrankung darin zu erblicken war, daß sich an der Apfelschale geringe Spuren von Arsen befanden. Das Arsen kam dadurch an den Apfel, daß der Obstgärtner vor der Ernte ein arsenhaltiges Pulver zur Fernhaltung von Ernteschädlingen benutzt hatte. Es ist also notwendig, ungeschältes Obst vor dem Genuß ordentlich zu reinigen.

SA-Terror in Koburg.

Städtische Polizei machtlos. — Hilferufe an die Regierung.

München, 24. Juli. (Eigenbericht.)

Aus der Stadt Koburg, deren Verwaltung seit Jahresfrist unter einem Halbkreuzregiment steht, sind am Freitag dringende Hilferufe der Arbeiterbevölkerung an den bayerischen Innenminister gelangt.

Seit Montag werden in Koburg in den Abend- und Nachtstunden die Straßenpassanten von SA-Leuten terrorisiert, die in Trupps von sechs bis acht Mann durch die Straßen ziehen. Wer irgendwie als links eingestuft verdächtig oder bekannt ist, wird von diesen Kommandos angerempelt, mißhandelt und bei Gegenwehr niedergeschlagen. Die blaue Polizei, die dem Nazi-Bürgermeister untertan ist, verhält sich völlig passiv. In der Nacht zum Donnerstag war die allgemeine Unsicherheit in den Straßen Koburgs derart, daß die sozialdemokratische Ortsleitung den als Stadtkommissar eingesetzten Bezirksamtsvorsteher um den Einsatz der grünen Polizei ersuchte. Da der Stadtkommissar sich von den baltischen Zuständen in seiner Stadt überzeugt hatte, beauftragte er ein Streifenkommando der Landespolizei, vor dem die braunen Begehrerer Reihhaus nahmen, die Straßen zu säubern.

Der bayerische Innenminister hat versprochen, den müßigen Terror der Nazis mit allen Mitteln zu brechen.

Hochbetrieb bei Schweizer Banken.

Nervosität der Kapitalflüchtlinge.

Basel, 24. Juli. (Eigenbericht.)

In der Schweiz herrscht bei den meisten Banken in den letzten Tagen Hochbetrieb. Vielen Kapitalflüchtlingen aus Deutschland scheint die Rotorordnung gegen die Kapitalflucht doch in die Glieder gefahren zu sein.

Sedenfalls haben zahlreiche deutsche Konteninhaber ihre Guthaben bei Schweizer Banken gekündigt. Auch sind auf viele Konten Schecks in Höhe der Guthaben gezogen worden, die offenbar der Reichsbank angeboten werden sollen. Auch die starke Nachfrage nach Marknoten, der bereits am Donnerstag den Markkurs auf 122 hinaufgetrieben hatte, hielt am Freitag an.

Das Urteil im Fehmarn-Prozess.

Keine ausreichende Sühne für die brutalen Ausschreitungen.

Kiel, 24. Juli. (Eigenbericht.)

In dem Naziprozess in Burg auf Fehmarn, in dessen Verlauf die Ueberfälle in Lemkenhofen während der Pfingstfeiertage behandelt wurden, erhielt der Rastführer von Fehmarn fünf Monate Gefängnis. Die übrigen drei Angeklagten wurden zu Geldstrafen von insgesamt 720 Mark verurteilt.

Für die Verhandlung waren 41 Zeugen geladen. Die Brutalität der Nationalsozialisten steht fest. Man hat an der Strafe stehende Leute niedergeschlagen, man ist unter Beschädigung von Türen und Fenstern gewaltsam in Häuser eingedrungen, hat die Wohnungen durchsucht und die Bewohner herausgezerrt, geprügelt, gefoltert und dann „Schuldige“ dem Rastführer Böhmder — dem Verteidiger der Nazis in diesem Prozess — vorgeführt, der sie schließlich mit großer Geistesanstrengung auslagerte. Die Zeugen auslagen belasteten die Nazis sehr schwer. Im Laufe der Verhandlung ergab sich auch die dringende Notwendigkeit eines Lokalturms. In Lemkenhofen schützten die Bewohner die einzelnen Vorgänge, aus denen man entnehmen muß, daß die Nationalsozialisten von einer geradezu fanatischen Herkürungs- und Prügelmacht besessen waren. Es steht nach der Lokalaufnahme unzweifelhaft fest, daß die Nazis wie die Wilden gehandelt haben.

Der Staatsanwalt bezeichnete die Ausschreitungen der Nationalsozialisten in seiner Anklage als ein ganz gemeines und brutales Vorgehen. Die Strafanträge lauteten gegen die vier Angeklagten auf insgesamt 16 Monate Gefängnis. Der Verteidiger Böhmder bemühte sich natürlich, seine Leute reinzuwaschen, allerdings mit recht zweifelhaftem Erfolg. Die Taktik der Angeklagten wie des Verteidigers ging im wesentlichen dahin, sich durch Belastung des großen Unbekannten zu entlasten.

Das Gericht war nach den Ausführungen des Vorsitzenden davon überzeugt, daß die Strafen keine ausreichende Sühne für die außerordentlich schweren Ausschreitungen darstellen, sah sich aber angesichts der Zeugenauslagen außerstande, zu härteren Strafen zu kommen.

Artillerie schießt in Sevilla.

Hauptquartier der SyndikalistInnen zerstört.

Sevilla, 24. Juli. (Eigenbericht.)

In Sevilla wurde in der Nacht zum Freitag auf Anordnung des Militärbeschlusses der Hauptquartier der hiesigen SyndikalistInnen, ein bekanntes Restaurant, nach vorheriger Warnung durch 22 Artilleriegeschosse völlig zerstört. Menschen kamen nicht zu Tode, da die SyndikalistInnen das Lokal vor dem Bombardement geräumt hatten.

Nachts um 2 Uhr kam es wieder zu Schießereien. Ein Hauptmann der Jüwlgarde und ein Arbeiter wurden getötet. Alle Führer der SyndikalistInnen sind inzwischen auf der Festung Cadix interniert worden.

Bier Verbannte entflohen.

Im Segelboot auf stürmischen Mittelmeer.

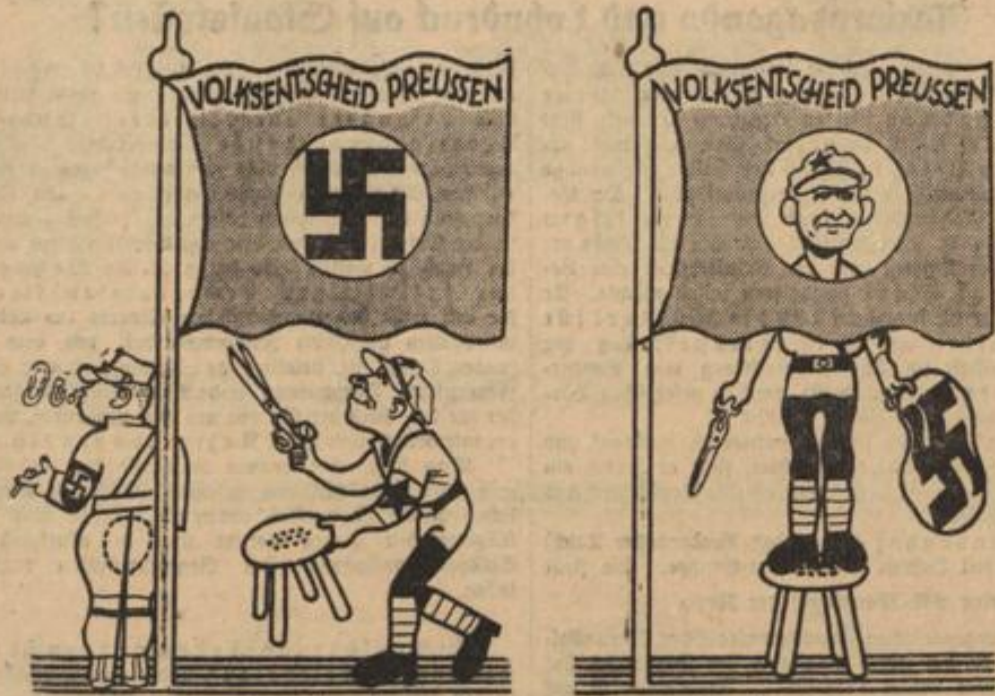
Rom, 24. Juli.

Von der italienischen Verbannunginsel Campedusa im Mittelmeer sind vier politische Verbannte entflohen. Ein fünfter wurde an der Küste gefangen. Er gab zu, mit einem Leidensgenossen das Gitter seines Schlafraumes durchgehört zu haben und ausgebrochen zu sein. Die vier Verbannten konnten sich eines Fischerbootes bemächtigen und sind damit trotz stürmischer See ins Mittelmeer hinausgefahren, um eine ausländische Küste zu erreichen.

Abbe Wetterle ist 71-jährig bei Savignas gestorben. Er war als Mitglied der Reichstagsabgeordneten in der Vorkriegszeit und machte schon damals aus seiner französischen Gesinnung kein Hehl. Bei Kriegsausbruch begab er sich nach Frankreich und wirkte dort für den Sieg der Entente. Nach dem Krieg war er zunächst Abgeordneter der französischen Kammer, später bereitete er als Mitglied der französischen Botschaft in Rom die Wiederaufnahme der Beziehungen Frankreichs zum Vatikan vor.

Die rumänische Polizei hat in den letzten Tagen zahlreiche kommunistische Kommunisten, darunter auch Abgeordnete, verhaftet. In Bukarest sind bisher allein 25 führende Kommunisten festgenommen worden.

Wie aus einem schwarz-weiß-roten Volkentscheid...



... im Handumdrehen ein „roter“ wird!

Frauentampf gegen Faschismus.

Die Internationale Frauenkonferenz.

Wien, 24. Juli. (Eigenbericht.)

Am Donnerstag begann im Wiener Konzerthausaal die IV. Internationale Frauenkonferenz. Anwesend sind etwa 300 Delegierte aus 27 Ländern.

Die Delegierten wurden zunächst von Adelheid Popp-Wien begrüßt. Den Zweck der Konferenz umschreibt sie wie folgt: „Unsere Frauenkonferenz wird Kampfmittel suchen, um die Angriffe abzuwehren, die in manchen Ländern die Rechte der Frauen bedrohen. Die Frauenorganisation unserer Arbeiterinnen-internationale ist in ständigem Aufblühen. In Paris 1925 gehörten 739 571 Frauen den in der Sozialistischen Internationale vereinigten Parteien an, Ende 1930 waren es 1 282 588. Unser Ziel ist die Zukunft, wenn wir wie bisher mutig und entschlossen weiterkämpfen. Unser Ziel muß sein, noch mehr Einfluß zu gewinnen als bisher, überall wo wir können, auf die Bestaltung des Mutterhauses und die Verbesserung der Lage der Arbeiterinnen hinzuwirken. Ich heiße Sie, die Sie aus allen Richtungen der Erde gekommen sind, um im gleichen Sinne für ein gleiches Ziel zu wirken, herzlich willkommen. (Lebhafte, anhaltende Beifall.)“

Im Namen der österreichischen Sozialdemokratie und der Stadt Wien spricht dann Bürgermeister Seitz Begrüßungsworte: „Das alte Österreich, reaktionär und steril, konnte den Gedanken nicht fassen, daß die Frau im öffentlichen Leben teilnehmen könne, daß die Frau irgendeinen anderen Beruf haben könne, als den, wie man so schön sagte, der Mutter und der Gattin. Einer unserer Gegner hat uns damals ganz offen gesagt: es ist ein sonderbares Verhältnis, wir wissen, daß wir mit dem Frauenwahlrecht siegen würden, wir wollen es aber nicht aus unseren Grundfähnen, und ihr wißt, daß ihr mit dem Frauenwahlrecht unterliegen werdet, und ihr tut es trotzdem. Ich habe ihm darauf geantwortet: Ja, wir wollen es, und wenn wir eine völlige Niederlage erleiden. Wir wollen es nicht nur aus unseren Grundfähnen, sondern weil wir wissen, daß

der Sozialismus entweder niemals siegen wird, oder siegen wird, mit Hilfe der Frauen.“

Wir haben das neue Wien aufgebaut, die einzige Millionenstadt, die von Sozialisten verwaltet wird. Wir sind uns der Beschränkungen dieser Verwaltung und der engen Lebensbedingungen, die uns gezogen sind, wohl bewußt. Wir wissen, daß wir mitten im kapitalistischen Staat und mitten in der kapitalistischen Wirtschaft leben, und daß wir daher nicht sozialistisch verwalten können. Aber in jeder Verwaltung kommt es schließlich auf den Geist an, der sie trägt, und dieser Geist der Verwaltung Wiens ist ein sozialistischer Geist. Möge die Frauenorganisation sich so gestalten, daß wir in absehbarer Zeit eine Spezialorganisation der Frauen nicht notwendig haben, weil wir alle, Frau und Mann, dienen als ein Herz und eine Seele dem großen Gedanken des Sozialismus.“ (Lebhafte Beifall.)

Im Namen der Arbeiterinternationale begrüßt die Brouère-Belgien den Kongreß: „Seit Marzelle ist es den sozialistischen Frauen gegliedert, ihre Zahl fast zu verdoppeln, und wir sehen hier in Wien, was eine Frauenorganisation leisten kann. Aber auch in anderen Ländern geht es vorwärts. Groß ist die Zahl der sozialistischen Frauen in allen Ländern, größer sind die Erfolge, die sie errungen haben. Wir durchleben jetzt bewegte Stunden. Seit einigen Wochen schwanken wir zwischen Hoffnung und Verzweiflung, wissen wir nicht, was das Morgen bringen wird, wissen wir nicht, ob wir nicht vor neuen Katastrophen stehen. Die Verantwortlichen beginnen zu fühlen, wie gefährlich die Situation ist. Niemand sieht noch klar. Aber eines zeigt sich immer deutlicher: was die ganze Welt, was die menschliche Gesellschaft braucht, das ist mehr Zusammenhalt, mehr Liebe, mehr Familieneinheit. Die Frauen haben die Aufgabe, diesen Geist der Wärme und der Liebe in härtester Weise in die Politik zu bringen. (Lebhafte Beifall.)“

Der Kongreß tritt nunmehr in die Tagesordnung ein.

Loni Sender-Berlin

spricht über das Thema: „Die Wirkung der politischen Reaktion auf die Freiheit der Frau.“

„Nur nie war der Glaube an die herrschende Ordnung so stark erschüttert wie in unserer Zeit. Wir erleben eine rasche Proletarisierung des Mittelstandes. Da der materielle Existenzboden dieser Schichten ins Wanken geriet, wurden sie auch in ihrem ideellen Sein erschüttert. Wohl sind sie sich der Tatsache ihrer Proletarisierung bewußt geworden, aber sie wehren sich dagegen, völlig ins Proletariat zu versinken. Jedoch an die alten bürgerlichen Parteien glauben sie nicht mehr. Werden sie nun, so müssen wir uns fragen, die bisher die festesten Stützen der bürgerlichen Gesellschaft waren, zur Armee des Prole-

tarials übergehen? In diesem psychologischen Augenblick begann eine neue Bewegung, die es verstand, erfolgreich an das Reservoir der Mittelschichten zu appellieren. Es entstand die nationalsozialistische, die faschistische Bewegung. In allen Ländern bietet die faschistische Diktatur

ein Bild menschlicher Entartung.

Wir aber dürfen uns nicht damit begnügen, mit unserer ganzen Kraft gegen solche Barbarei zu protestieren, sondern wir haben auch zu untersuchen, welches die Ursachen dieser Bewegung sind. Und da müssen wir feststellen, daß der Faschismus seine Kraft nicht einer Idee verdankt, sondern der Angst der herrschenden Klasse vor dem stürmischen Vormarsch der sozialistischen Arbeiterbewegung und der Auflösung der bisherigen sozialen Schichten der Gesellschaft durch den raschen Gang der Industrialisierung. Es muß aber dazu noch festgestellt werden, daß der Faschismus einen besonders günstigen Boden findet in den Ländern junger Demokratie, oder in den Staaten, in denen die Demokratie durch die starken Parteien fest verankert ist. Der Faschismus bedeutet nicht nur Verengung aller arbeitenden Menschen, sondern auch Entwertung der Frauen, Verrohung und Verflachung der Jugend. Schließlich aber zwingt noch ein Grund die sozialistischen Frauen zu höchster Aktivität: die mit dem Faschismus stets verbundene Kriegsgefahr. Man vergesse nicht die Wirkung einer militärischen Erziehung und des militärischen Aufbaus der faschistischen Parteien. Die Anhänger werden zum Mythos der Größe und Unfehlbarkeit des Führers erzogen. Die faschistische Jugend betrachtet sich als Elite der Nation und dürstet nach kriegerischen Taten. Und mag man selbst der Auffassung sein, daß auch ein Wilhelm II. den Krieg nicht direkt gewollt habe, so hat er doch das Wort gesprochen, daß man das Pulver trocken und das Schwert geschliffen halten müsse. So ist er schließlich der Sklave seiner eigenen Phrasologie geworden und hat dem Militär entscheidende Gewalt über das Schicksal des Volkes verliehen. Mit gleichen Befahren droht der Faschismus. So können wir in Abwandlung eines Wortes des großen Sozialisten und Friedenskämpfers Jean Jaurès sagen: Der Faschismus ist der Krieg, der Sozialismus wird der Friede sein. (Lebhafte Beifall.)“

Loni Sender legte dem Kongreß folgende

Entschlieung

vor: „Der Faschismus bedroht nicht nur die unter dem Einfluß und Wachen des internationalen Sozialismus erreichten allgemeinen sozialen und politischen Errungenschaften, sondern er gefährdet auch in besonderen die politischen Rechte der Frau und ihre Unabhängigkeit in Gesellschaft und Beruf. Er peitscht die nationalistischen Leidenschaften auf, vergiftet die Jugend mit chauvinistischer und gewaltanbetreibender Gesinnung, lenkt die Unzufriedenheit mit den inneren Zuständen im faschistisch regierten Lande ab auf

Eroberungsstreben und Machtvergrößerung nach außen,

auf diese Weise zu neuem Kriege vorbereitend. Die in der Sozialistischen Arbeiterinternationale zusammengeschlossenen Frauen sind sich daher ihrer Pflicht bewußt, im Kampfe gegen Faschismus und Reaktion in vorderster Front stehen zu müssen. Sie bekennen sich nach wie vor zu dem alten sozialistischen Grundsatz, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur durch den gemeinsamen Klassenkampf von Mann und Frau erreicht werden kann.

In Ablehnung der Tendenz des Faschismus, der die Menschheit einem neuen Völkermord entgegenreißt, ruft die Sozialdemokratie die Frauen als Spenderinnen und Hüterinnen neuen Lebens auf, sich in die Front des kämpfenden Proletariats gegen Faschismus und Kriegsgehe einzureihen.“

In der Diskussion sprach zunächst Frau Dr. Marion Phillips (Großbritannien). Sie unterstützte die von Loni Sender eingebrachte Resolution und gedenkt dann vor allem der Leiden der Arbeiterchaft in Polen und in Ungarn. Sie sei beauftragt, somohl im Namen der britischen Arbeiterpartei wie der britischen Gewerkschaften zu erklären, daß die englischen Sozialisten ein tiefes Mitleid für das geknechtete ungarische Volk und für die verfolgten ungarischen Frauen haben. Man wisse, daß es dort unerhört viel Unglück und unerhört viel Verfolgungen gebe, und daß überall, wo der Faschismus herrscht, dafür gekämpft werden müsse, das System der Gewalt zu brechen.

Englische Goldtransporte nach Frankreich. Auf dem Flugplatz Le Bourget bei Paris sind am Donnerstag von London kommend sechs Transportflugzeuge mit insgesamt 8822 Kilogramm Gold im Werte von 150 635 000 Franken eingetroffen.

Artam und Arbeitsdienst.

Nazipropaganda und Lohndruck auf Staatskosten?

Das Reich hat mit Rücksicht auf die Kassenlage alle nicht unbedingt notwendigen Ausgaben einseitig zurückgestellt. Neue scharfe Sparmaßnahmen sind zu erwarten. Traurig sieht es aus. Aber wenn es so ist, dann darf man doch wohl erwarten, daß nicht ein Pfennig öffentlicher Gelder für unnütze Spielereien und noch bedenklichere Dinge vergeudet wird. Die Gefahr einer solchen Geldvergeudung liegt im freiwilligen Arbeitsdienst. Da ist zum Beispiel der Bund Artam, der offensichtlich auf dem Umweg über den Arbeitsdienst seine Bewegung von Reich und Staat finanzieren lassen möchte. Er fordert, bescheiden wie er ist, insgesamt 150 bis 200 Mark für jeden Artamschüler, und er ist entrüstet, daß der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung eine Sonderförderung abgelehnt hat, die übrigens mit den gesetzlichen Vorschriften unvereinbar wäre.

Der Bund „Artam“ gibt sich stramm patriotisch, national und „politisch neutral“. In der Nähe betrachtet, sieht er jedoch ein bißchen anders aus. So wird uns von einem Beobachter aus Schleswig-Holstein geschrieben:

Auf dem Gut Lindenhof (Strandbad Bredenbecker Teich) bei Hoisbüttel besteht seit Jahren eine Artam-Gruppe. Sie stellt politisch eine SA-Mannschaft der Nazis

dar. Bei allen Störungserfahrungen sozialdemokratischer Veranstaltungen in der Umgegend, bei jedem Saalschuh der Nazi-Partei, hat sich die Gruppe besonders rabiatisch aufgeführt. Neuerdings ist auf dem Gut Hoisbüttel eine weitere Gruppe untergebracht worden. Was macht sie dort? Sie macht landwirtschaftliche Arbeiter brotlos, die seit Jahrzehnten in der Landwirtschaft gearbeitet haben. Auch auf dem Gut Lindenhof sind die Arbeiter durch die Artam-Leute verdrängt worden. Im Strandbad Bredenbecker Teich treten die Artam-Leute außerdem als ausgesprochene Lohndrücker auf; sie leisten Tiefbauarbeiten zu landwirtschaftlichen Löhnen. Ueberall, wo sie in der Landwirtschaft auftauchen, verdrängen sie nicht, wie sie vorgeben, polnische Wanderarbeiter, sondern einheimische, seit Jahrzehnten in der Landarbeit tätige deutsche Landarbeiterfamilien. Der Bund Artam wird auf die Dauer zu einer Gefahr für die Versorgung der Landwirtschaft mit geeigneten einheimischen Arbeitskräften. Er vernebelt die Landflucht. An Stelle von Arbeitskräften, die in der Landwirtschaft Dauerarbeit suchen und an ländliche Wohnsitze gebunden sind, treten

politisch mißbrauchte, unfertige jugendliche Abenteuer- und hoffnungslose Arbeitslose der Städte.

die die Landarbeit fluchtartig verlassen werden, sobald sich eines Tages irgendwo und irgendwie Aussicht auf anderweitiges Ausleben ihrer Abenteuerlust bietet. Der Bund Artam wird zu einer ersten Gefahr für die Landarbeiter, wenn er erst einmal mit Hilfe von Reichsgeldern richtig in Schutz kommt.

Zusammenfassend muß gegen die organisierte Arbeiterschaft stellen die Unternehmer trotz der offensichtlichen Minderwertigkeit der Artamanen-Arbeit die Nazistreibkammer ein und entlassen

dafür den Landarbeiter. Die Umschulungskosten werden, wie der „Arbeitsdienst“ der Artamanen selbst mitteilt, unter Mithilfe besonders interessierter Gutsherren und Arbeitgeberverbände durchgeführt. Die Arbeitgeberhilfe genügt ihnen natürlich nicht und daher setzen sie jetzt auf den freiwilligen Arbeitsdienst große Hoffnungen. Sie klagen über Verknappung der Mittel und hoffen auf Hilfe des Staates, und leider ist die Gefahr, daß von hier aus Mittel fließen werden, nicht von der Hand zu weisen. So hat z. B. die Wohnungsgemeinschaft der freiwilligen Erwerbslosenhilfe Hamburg, die mit Hilfe des hamburgischen Staates ins Leben gerufen und unterhalten wird, die Zusammenarbeit mit dem Artambund gefunden, und sie beteiligt den Artamgruppenleiter Salzer an der theoretischen Vorkulung und Ausbildung, denselben Geschäftsführer, der für den Geist der Gruppe auf Gut Lindenhof, wo er auch wohnt, verantwortlich und selbst Nazipropagandist ist.

Man sieht, eine genaue Kontrolle der für den Arbeitsdienst und alles, was mit ihm zusammenhängt, zu vergebenden öffentlichen Mittel ist wirklich notwendig, wenn nicht auf Kosten der Allgemeinheit hinten herum und in allerhand Verkleidungen Söldnerorganisationen der Gegenrevolution mobilisiert werden sollen.

Die Ausführungsbestimmungen über den freiwilligen Arbeitsdienst sind nunmehr erlassen. Sie stimmen in den wesentlichen Grundzügen mit dem Entwurf überein, der bereits die Öffentlichkeit beschäftigt hat. Stärker als bisher ist die Freiwilligkeit betont, die den Arbeitsdienst grundlegend von der Arbeitsdienstpflicht unterscheidet, sowie der Gedanke, daß Gegenstand des freiwilligen Arbeitsdienstes nur gemeinnützige und zusätzliche Arbeiten sein können, die als solche von der Reichsanstalt anerkannt sind. Die Anerkennung wird von den Vorsitzenden der Landesarbeitsämter und zwar im Benehmen mit ihren Verwaltungsausschüssen ausgesprochen.

Die besonders wichtigen Bestimmungen über die Finanzierung besagen: Die Förderung selbst besteht in erster Linie in der Fortzahlung der Unterstützung für die bisherigen Unterstützungsempfänger, die im freiwilligen Arbeitsdienst tätig werden, wobei die Unterstützung auf einen Pauschalbetrag von höchstens 2 Mark wochentäglich festgesetzt werden kann. Die Unterstützung kann während des Dienstes bis zu 20 Wochen gewährt werden, auch wenn dadurch die sonstige Höchstdauer der Unterstützung überschritten wird. Sie kann an den Träger der Arbeit gezahlt werden, wenn gesichert ist, daß dieser sie zugunsten der Arbeitsdienstwilligen verwendet, was auch in Sachleistungen geschehen kann. Jugendliche, die wegen ihres Alters noch keine Arbeitslosen- oder Kriegsunterstützung erhalten, können während des Arbeitsdienstes aus besonderen Reichsmitteln eine entsprechende Unterstützung beziehen. Zuschüsse zu den Materialkosten der Arbeiten sind nicht vorgesehen. Die Vorschriften treten am 3. August in Kraft. Sie werden im Reichsarbeitsblatt (Heft 20 vom 25. Juli) veröffentlicht.

Bergarbeiter rationalisiert.

Der Abbau der Belegschaften 1930.

Das Jahrbuch 1930 des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands gewährt einen interessanten Einblick in die Entwicklung des deutschen Bergbaues der letzten Jahre. Während in der deutschen Wirtschaft die schwere Wirtschaftskrise bereits im Jahre 1928 oder Anfang 1929 begann, setzte der Konjunkturaufschwung im deutschen Bergbau erst im Jahre 1930 ein. Das Jahr 1929 war für den deutschen Bergbau sogar ein Rekordjahr, das die höchsten Förderziffern seit dem Kriegsende aufweist.

1930 gab es dann einen plötzlichen Rückschlag. Die Steinkohlenförderung ging von 1929 auf 1930 um 13 Prozent zurück, die Braunkohlenförderung und die Steinkohlenbrikettproduktion um je 16 Prozent und die Herstellung von Braunkohlenbriketts sogar bis zu 20 Prozent. In viel stärkerem Maße jedoch als die Produktion wurde die Zahl der Belegschaftsmitglieder eingeschränkt. Die Belegschaftsziffer betrug im Steinkohlenbergbau im Monatsdurchschnitt des Jahres 1913 insgesamt 527 415 Personen, im Jahre 1928 nur noch 515 102, im Jahre 1929 512 421, im Jahre 1930 bloß noch 458 250 und im April d. J. 370 750. Im Stein- und Braunkohlenbergbau zusammen wurden Anfang 1930 noch 613 631 Arbeiter gezählt, Ende 1930 dagegen nur noch 481 000. Während 1930 (seit man 1913 = 100) die Steinkohlenförderung 101,4, die Braunkohlenförderung 167,3 betrug, sank die Belegschaft auf 87.

Unter der Wirtschaftskrise, den Arbeiterentlassungen und Festschichten hatte die Mitgliederentwicklung des Verbandes natürlich stark zu leiden. Trotzdem in den drei Bezirken Ruhrgebiet, Nordhausen und Aachen noch ein Gewinn von 1625 Mitgliedern erzielt werden konnte, ging die gesamte Mitgliederzahl des Verbandes im Laufe des Berichtsjahres um 7169 oder 3,75 Prozent auf 190 855 zurück. Im Verhältnis zur Verminderung der Gesamtbelegschaft im Bergbau ist dieser Mitgliederrückgang eher als eine verhältnismäßige Zunahme zu bezeichnen.

Stark gehemmt wurde auch die Lohn- und tarifpolitische Aktivität des Verbandes durch die Krise. Während im Jahre 1929 noch 16 Arbeitszeit- und 13 Manteltarifbewegungen sowie 69 Lohnbewegungen, insgesamt also 98 Bewegungen registriert werden konnten, sind in dem Jahresbericht 1930 des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter nur insgesamt 15 Tarifbewegungen verzeichnet. Der Bericht sagt, daß 1930 in allen Bergbauereisen ein Stillstand in der Lohnentwicklung nach oben eintrat, in einzelnen Gebieten sogar schon ein Rückschritt zu verzeichnen war.

Neben dem Kampf auf tariflichem Gebiete war der Verband auch tätig, um eine internationale Regelung der Kohlenwirtschaft zustande zu bringen. Eine rege Tätigkeit entfaltete er auch auf dem Gebiete der Kohlengemeinwirtschaft im Reichskohlenverband, in den Arbeitskammern für den Steinkohlenbergbau und auf dem Gebiete der Knappschaftsversicherung. Auch auf dem Gebiete des Bildungswesens war der Verband im Jahre 1930 nicht untätig.

Bei den Betriebsrätewahlen im Jahre 1930 hat sich der Bergbauindustriearbeiterverband trotz der wässrigen kommunistischen Hege gut behauptet. An Mandaten erhielt die RPD im ganzen Verbandsgebiet 725 oder 12,44 Prozent der Gesamtzahl. Der Anteil der freien Gewerkschaften sank infolgedessen auf 63,68 Prozent oder um 10,08 Prozent, wobei jedoch zu beachten ist, daß die Gesamtzahl

der zu wählenden Betriebsräte zur Zeit der Wahl bereits um 7,29 Prozent gesunken war infolge der Belegschaftsverminderungen.

Hinsichtlich der Einnahmen war die finanzielle Entwicklung des Verbandes normal. Einer Gesamteinnahme für die Hauptkasse von 6 109 306 Mark stand im Jahre 1929 eine Gesamteinnahme von 6 115 870 Mark gegenüber. Anders aber verhält es sich mit den Ausgaben. Sie haben sich in den Unterstützungseinrichtungen gegen das Jahr 1929 mehr als verdoppelt. Die Gesamtausgaben für Unterstützungen betrugen im Jahre 1929 rund 1,56 Millionen Mark, im Jahre 1930 dagegen 3,75 Millionen Mark, wovon allein auf die Unterstützung der erwerbslosen Verbandsmitglieder 3,12 Millionen entfielen. Alles in allem zeigt auch dieser Jahresbericht die ungeheure Bedeutung der Gewerkschaften gerade in Zeiten der schwersten wirtschaftlichen Depression.

RPD. als Unternehmerbüttel.

Ihre Anhänger folgen ihr aber nicht.

Die Wirtschaftskrise macht sich befallend auch im Verkehrsgewerbe sehr stark bemerkbar. Nicht nur die BVB., auch das Kraftdroschfengewerbe hat unter dem Verkehrsrückgang schwer zu leiden.

Die eigentlichen Leidtragenden dieses Verkehrsrückgangs sind in erster Linie nicht die Kraftdroschfenbesitzer, sondern die Droschfenchauffeure. Die Bezahlung ist bekanntlich tariflich so geregelt, daß sie 33½ Proz. der Bruttoeinnahme als Lohn beziehen, mindestens jedoch 4,50 Mark je Schicht. Die meisten Berliner Kraftdroschfenchauffeure erzielen jetzt nur noch den Garantielohn von 4,50 R. Ein Teil der Droschfenchauffeure ist unter dem Druck der Krise von den Droschfenbesitzern sogar gezwungen worden, auf diesen Garantielohn zu verzichten und sich mit 30 Proz. der Bruttoeinnahme zu begnügen, was oftmals nur 2 Mark Verdienst je Schicht ausmacht. Bei einer Arbeitszeit von meist 12 Stunden und darüber gehen diese Chauffeure dann mit einem Wochenverdienst von 12 bis 14 Mark nach Hause.

Die Firma „Kraftag“, das größte Droschfenunternehmen Berlins mit etwa 1400 Wagen, hat bisher den tariflichen Garantielohn von 4,50 Mark gezahlt. Jetzt versucht auch diese Firma, ihre schlechte finanzielle Lage durch den Abbau des Garantielohnes auf Kosten ihrer Chauffeure zu beheben. Sie stellte an den Betriebsrat das Ansuchen, die Zustimmung zur Befristung des Garantielohnes zu geben. Der Betriebsrat und der Gesamtverband lehnten jedoch dieses Ansuchen ab.

Die Firma erklärte daraufhin, daß sie dann etwa die Hälfte der Belegschaft entlassen müßte, und forderte den Betriebsrat auf, über ihr Angebot eine Abstimmung vorzunehmen. In allen Betriebsversammlungen richteten die Betriebsräte an die Belegschaft die Aufforderung, sich in der Abstimmung gegen das Angebot der Firma auszusprechen. Dieser Aufforderung ist die Belegschaft, die sich zu 80 Proz. an der Abstimmung beteiligte, fast einstimmig nachgekommen. Die Entscheidung über die angebotenen Entlassungen liegt nunmehr beim Oberpräsidenten, bei dem die Kraftag einen Teilschlichtungsauftrag gestellt hat. Der Betriebsrat und der Gesamtverband werden in diesen Verhand-

lungen alles aufbieten, damit, wenn wirklich Entlassungen vorgenommen werden müssen, diese nach sozialen Gesichtspunkten erfolgen. Bezeichnend, aber noch dem begehrtesten Einschreiten der RPD. in die Front der Stahlschmelzer und Nazis beim Volksentscheid nicht verwunderlich ist das Verhalten der RGD. in diesem Lohnstreit. In einem Flugblatt, das, wie üblich, von Lügen und Verleumdungen gegen den Betriebsrat strotzte, wurde die Belegschaft aufgefordert, die Stimmschritte zu vernichten, der Direktion also zu dem von ihr gewünschten negativen Ausgang der Abstimmung zu verhelfen. Wie schon ausgeführt, war die Belegschaft aber vernünftiger als die RGD.-Strategen. Nicht ein einziges Mitglied der Belegschaft ist dieser verrückten Parole gefolgt. Selbst die Anhänger der RGD. haben es nicht gewagt, weil sie sich wahrheitsgemäß schämen, in einer der sechs Betriebsversammlungen für die unternehmerfreundliche Parole der RGD. einzutreten. Alles kann die RPD. ihren bisherigen Nachläufern denn doch nicht bieten. Das wird sie im Volksentscheid merken.

Zimmer noch Lohndruck.

Schiedspruch für Nordwest.

Essen, 24. Juli. (Eigenbericht.)

Im Lohnstreit in der nordwestlichen Gruppe der Eisen- und Stahlindustrie wurde am Freitag nach mehrstündigen Verhandlungen ein Schiedspruch gefällt. Er sieht folgende Neuregelung vor: Der Stundenlohn des 21jährigen Facharbeiters sinkt von 78 auf 75 Pfennig. Der Stundenlohn des 21jährigen Hilfsarbeiters bleibt 60 Pfennig. Die durch die Severing-Entscheidung vom 21. Dezember 1928 festgesetzten Zulagen für die Zeilohnarbeiter fallen weg, jedoch mit der Einschränkung, daß bei diesen Arbeitern der Gesamtabzug aus diesem Schiedspruch 5 Pfennig pro Stunde nicht übersteigt. Die übrigen Bestimmungen des Lohnariffs bleiben bestehen. Die neuen Lohnsätze treten mit dem 1. August in Kraft. Der Schiedspruch ist unfärbbar bis 30. November 1931 und kann erstmalig zu diesem Zeitpunkt, später mit einer Frist von einem Monat gekündigt werden. Die Erklärungsfrist läuft bis Montag.

Neue Gehaltskürzung für AEG.-Angestellte?

Oder tritt die AEG. der Siemensvereinbarung bei?

Die Betriebsräte der Groß-Berliner Werke des AEG.-Konzerns haben beschlossen, an die Generaldirektion mit dem Ersuchen heranzutreten, die Kurzarbeit für Angestellte und die damit verbundenen Gehaltsabzüge nach dem Beispiel der Siemens-Vereinbarung neu zu regeln. — Danach sind die Angestellten bereit, ihre zur Zeit 40 Stunden betragende wöchentliche Arbeitszeit auf 42½ Stunden zu verlängern unter der Voraussetzung, daß die AEG. sich auf einen Gehaltsabzug von 10 Prozent für alle Angestellte, auch für die Monate August und September, beschränkt.

Das Sonderabkommen über Kurzarbeit für die Angestellten in der Groß-Berliner Metallindustrie löst die Möglichkeit zu, für August und September 15 Prozent für Kurzarbeit in Abzug zu bringen. — Die AEG.-Betriebsräte sind der Meinung, daß die Konzernleitung auf diese, die Angestellten hart treffenden weiteren Abzüge verzichten könne, weil die wirtschaftlichen Voraussetzungen für eine solche Milderung bei der AEG. durchaus gegeben sind.

Ueber das Ergebnis der Verhandlungen werden wir später berichten.

„Geistesarbeit“ auf Hochschulen.

Was ein Professor lehrt.

Was für ein „Geist“ auf Deutschlands hohen Schulen herrscht, zeigt uns Professor Dr. Schreiber von der Aachener Hochschule. Er schreibt in der Zeitschrift „Technik und Kultur“, daß der „Muskelarbeiter“ von sich aus für die Kultur so gut wie nichts geleistet habe. Nur die fördernde Geistesarbeit habe die Besserung der Lebenshaltung des Volkes ermöglicht, während die Muskelarbeiter an dieser Besserung keinen Teil hätten. Der Lohn müsse daher so verteilt werden, daß der Muskelarbeiter nur gerade leben könne. „Der nur-Muskelarbeiter hat auf Grund seiner Muskelarbeit nur Anspruch auf eine Lebenshaltung, wie sie die ersten Menschen auf der Welt, also vielleicht die Neandertalmenschen besaßen. Das, um was seine jetzige Lebenslage besser ist, verdankt er ausschließlich der Gutwilligkeit der Geistesarbeiter, die ihm vom Ertrag ihrer Geistesarbeit freiwillig abgeben.“

Dieser Professor scheint selbst geistig noch in den Zeiten des Neandertalmenschen zu leben. Daß in der Arbeit des sogenannten geistigen Arbeiters viel geistlose mechanische Tätigkeit enthalten ist und daß selbst der primitivste Landarbeiter eine Gedankenarbeit bewältigen muß, von dem modernen Industriearbeiter gar nicht zu reden, dessen Nerven aufs äußerste angespannt sind, alles das weiß dieser Professor nicht. Vom Ertrag der Geistesarbeit dieses Hinterwäldlers lebt sicherlich kein Mensch.

„Im Westen nichts Neues“ wird außer in den bereits veröffentlichten Kinatheatern noch in folgenden Theatern gespielt: Ab 24. Juli im Stadttheater Friedrichshagen, Friedrichstr. 112, Imperial-Lichtspiele, Rosenbaler Str. 40/41, Filmpalast Puhlmann, Schönhauser Allee 148, Alhambra-Lichtspiele, Treptow, Treptower Chaussee. Nur für Mitglieder!

Achtung, Bauarbeiter! Die Firma Wille, Baustelle der Berlinischen Bauerschaft, Tempelhofer Feld, Bettiner Aorfo, und die Firma Gregor, Baustelle der Firma Philipp Holzmann, Südenbe, Mariendorfer Straße, ist für Isolierer und Helfer wegen Räumhaltung des Tarifvertrages für das Isolierergewerbe gesperrt. Beide Firmen führen die Isolierarbeiten für die Firma Rowiston G. m. b. H. aus.

Baugewerkschaft Berlin, Fachgruppe für das Isolierergewerbe.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Gruppe Tempelhofer Feld, 24. Juli Festabend. — Jugendgruppe des Bauernbrot- und Getreidearbeiter-Verbandes. 24. und 26. Juli Nachfahrt nach dem Seeufer. Treffpunkt Schiffsicher Bahnhofs am Abend, 21 Uhr, Radabfahrt, Anhalten 1-2.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Spieler im Freien ab 19 Uhr auf dem Sportplatz Humboldtheim und im Schillerpark.

Verantwortlich für Politik: Viktor Schiff; Wirtschaft: G. Kinnacher; Betriebskassenwesen: Friedr. Ehrlich; Kultur: Dr. John Schilowski; Redaktionen: Erik Kersch; Anzeigen: Th. Glöck; sämtlich in Berlin. Berlin: Barmer-Verlag G. m. b. H., Berlin, Druck: Formverlag-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Preis 2 Hellagen.

Gelbe Raucherzähne Nach langem Suchen endlich das Mittel für meine Zähne. Nach dreimaligem Gebrauch blendend weiße Zähne, trotzdem dieselben durch vieles Rauchen braun und ungesund waren. Ich werde nichts anderes mehr gebrauchen, als Chlorodont. R. Jost Berg. Man verlange nur die echte Chlorodont-Zahnpaste, Tube 54 Pf. und 90 Pf., und wolle jeden Ertrag dafür zurück.